

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**

11. Sitzung  
17. Oktober 2022

Beginn: 09.35 Uhr  
Schluss: 12.50 Uhr  
Vorsitz: Franziska Brychey (LINKE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Wir kommen zu

### Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke  
Drucksache 19/0343  
**Bundratsinitiative für eine angemessene Vergütung von Pflegestudierenden** [0043](#)  
WissForsch  
GesPflGleich(f)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aktuelle Situation und Perspektiven der hochschulischen Pflegeausbildung**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ) [0047](#)  
WissForsch

#### Hierzu: Anhörung

Ich begrüße vor Ort Herrn Prof. Dr. Johannes Gräske, Professor für Pflegewissenschaft im Studiengang Pflege an der Alice-Salomon-Hochschule – ASH – sowie Mitglied der Bundes-Dekanekonferenz Pflegewissenschaft, und Frau Prof. Dr. Adelheid Kuhlmeier von der Charité – Universitätsmedizin Berlin. Sie ist Direktorin des Instituts für medizinische Soziologie und Rehabilitationswissenschaft. Digital zugeschaltet ist Herr Prof. Dr. Frank Weidner, Geschäftsführer beim Deutschen Institut für angewandte Pflegeforschung Köln. Herr Prof. Dr. Gräske hat gebeten, dass er im Rahmen seines Inputs das Wort an eine Pflegestudierende der ASH übergeben kann. Das ist Frau Wohlketter. Ich frage den Ausschuss, ob dieses Vorgehen so in Ordnung ist, dass er im Rahmen seines Inputs kurz das Wort übergeben kann. Wir haben das manchmal schon so gehandhabt. – Ich sehe keinen Widerspruch, dann könnten wir so verfahren. Ich stelle kurz fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere den Liveübertragungen und den Bild- und Tonaufnahmen, einverstanden sind. – Ich sehe Nicken, das ist der Fall. Vielen Dank! – Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Das ist der Fall. Ich frage, ob eine Vertreterin oder ein Vertreter der Koalitionsfraktionen den Antrag bzw. den Besprechungsbedarf zu Tagesordnungspunkt 3 a und b begründen will. Das ist der Fall. – Frau Suka, Sie haben das Wort.

**Aferdita Suka (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Das übernehme ich sehr gerne. Ich begründe sehr gerne für die Koalition sowohl die Bundratsinitiative – BI – als auch die heutige Anhörung. Ich versuche, es so kurz wie möglich zu machen, weil wir sehr schnell zu den Expertinnen kommen wollen. Wir haben als Koalition schon nach dem zweiten Hilferuf der Pflegestudierenden die heute hier vorliegende Bundratsinitiative initiiert, wo es kurz erklärt darum geht, die Pflegestudierenden ähnlich wie die Auszubildenden zu stellen, die Vergütung, die prekäre finanzielle Situation, zu regeln. Wir haben das ausgiebig im Plenum besprochen, deshalb gehe ich inhaltlich nicht weiter darauf ein, aber vielleicht so viel vorab: Mit dem dritten offenen Brief ist es noch deutlicher geworden, wie stark der Handlungsdruck ist. Die Pflege hat keine Zeit, die Pflegestudierenden haben keine Zeit und müssen Licht im Tunnel sehen. Sie können nicht mehr lange durchhalten. Das haben sie uns, glaube ich, mehr als deutlich im Brief offenbart. Ich freue mich, dass diese BI heute noch einmal beraten wird. Ich freue mich auf die Diskussion und will nicht zu viel vorweggreifen. Wir haben in den letzten Tagen vom Bundesgesundheitsminister Lauterbach das eine oder andere gehört. Ich habe den Eindruck, dass der Bundesgesundheitsminister in der Befragung des Bundestags den

Druck, der durch die Koalition im Land Berlin gekommen ist, zu erkennen gegeben hat. Die heutige Sitzung mit dieser Anhörung sendet hoffentlich noch einmal ein klares Signal an den Bund. Wir haben als Land zusätzlich eine Art Notlösung gefunden, zumindest Mittel im Haushalt eingestellt. Das soll aber nur als Notlösung und Überbrückung verstanden werden. Das kann nicht den Druck auf den Bund wegnehmen, bundesgesetzlich richtig und angemessen zu regeln. Insofern freue ich mich auf die Diskussion und hoffe, einen positiven Abschluss der BI finden zu können. Zur Anhörung: Ich bin wirklich sehr froh, dass wir uns hier im zuständigen Ausschuss die Zeit für dieses Thema ausgiebig nehmen und nicht nur zur finanziell prekären Situation sprechen werden, sondern auch zu Perspektiven in der Pflege, die wir auch brauchen, weil es doch ein ziemlich komplexes Thema ist. Ich hoffe, wir kommen heute, was das Thema Teilakademisierung der Pflege angeht, ein Stück weiter. – Vielen Dank vorab an die Expertinnen!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Wir kommen zur Anhörung. Im Anschluss an Ihr Eingangsstatement – ungefähr fünf, sechs Minuten – besteht die Möglichkeit, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Wir würden folgende Reihenfolge vorschlagen: zuerst Herr Prof. Dr. Gräske und Frau Wohlketter, dann Frau Prof. Kuhlmeier und zum Schluss Herr Prof. Dr. Weidner. Wir hoffen, dass das für Sie so in Ordnung ist, wenn Sie sich nicht anders geeinigt haben. – Das ist in Ordnung. Dann haben Sie, Herr Prof. Dr. Gräske das Wort.

**Dr. Johannes Gräske (ASH Berlin):** Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich spreche als Leiter eines Studiengangs, der unter schwierigen Voraussetzungen angefangen hat, der aber sehr wohl eine gute Perspektive und vor allem eine sehr hohe gesellschaftliche Relevanz hat. Die Verabschiedung des Pflegeberufgesetzes hat uns als Hochschulen dazu ermächtigt, eine akademische Pflegeausbildung zu initiieren und durchzuführen, wie sie international üblich ist. Warum ist die notwendig? – Wir brauchen die akademische Pflege, weil wir gesellschaftliche Ansprüche haben. Wir wollen eine vernünftige Versorgung haben, wir wollen eine vor allem evidenzbasierte Versorgung haben, und das kann in diesem Umfang durch die berufliche Ausbildung nicht gewährleistet werden.

Ich möchte an dieser Stelle gleich auf den Beitrag von Frau Kuhlmeier verweisen, die noch ein bisschen mehr auf die Perspektiven eingeht. Ich habe mich eher auf die jetzige Situation konzentriert, was für Herausforderungen wir bei der Durchführung Stand heute haben. Ich verweise auf die Brandbriefe der Studierenden, die Frau Suka gerade schon erwähnt hat. Wir haben bundesweit dramatische Abbruchquoten der Studierenden, wir haben wenig Nachfrage. Das liegt zum einen an der fehlenden Perspektive, was die berufliche Ausbildung von der akademischen Ausbildung unterscheidet, aber zum anderen vor allem am extrem hohen Workload, der im Rahmen des Studiums notwendig ist, und der fehlenden Möglichkeit, sich in einem klassischen Nebenjobverhältnis für den Lebensunterhalt einzusetzen.

Auch wir Hochschulen haben große Probleme. Wir als Alice-Salomon-Hochschule sind eine kleine SAGE-Hochschule. Wir sind mit einem klinischen Studiengang konfrontiert, der abseits von allem, was wir an der ASH kennen, zu enormen Herausforderungen führt. Es geht um Lehre im Skills Lab, um die Ausstattung von Skills Labs, es geht um die Digitalisierung. Wir brauchen digitale Formate. Es geht vor allem aber auch um die personelle Situation. Wir haben aktuell die dritte Professur im Studiengang, die wir das vierte Mal ausschreiben, weil wir keinen professoralen Nachwuchs finden. Woran liegt das? – Es liegt oftmals gar nicht so

sehr an der Promotion, was vielleicht viele denken, sondern an der Herausforderung, dass wir als Hochschule für angewandte Wissenschaft eine fünfjährige Berufserfahrung brauchen, wovon drei Jahre außerhalb der Hochschulen sind, aber die Zeit, in der ich als Krankenpfleger oder Krankenpflegerin gearbeitet habe, nicht anerkannt wird, obwohl das die Expertise ist, die wir brauchen. Deswegen fordern wir, dass wir zumindest eine teilweise Anerkennung der Pflegezeit, die für diese Durchführung der Lehre enorm wichtig ist, auf die dreijährige außerhochschulische Berufserfahrung bekommen.

Des Weiteren sind wir als Hochschulen – alle drei; das betrifft nicht nur die ASH, sondern auch die Evangelische Hochschule Berlin und die Charité – von extrem hohen Belastungen der staatlichen Prüfungen betroffen. Wenn Sie sich vorstellen, eine praktische Prüfung ist per Gesetz als Einzelfallprüfung mit bis zu 240 Minuten geplant. Das ist nicht mit einer normalen Aufwendung einer Modulprüfung zu vergleichen. Hier brauchen wir Lösungen, dass die Lehrenden tatsächlich ihre Aufwendungen, die sie im Rahmen der Prüfungsleistungen erbringen, auch anerkannt bekommen. Das Gleiche gilt für die Praxisbegleitung, die gesetzlich gefordert ist. Wir haben keine Hochschule mit einer angeschlossenen Klinik oder einem Altenpflegeheim, sondern wir müssen tatsächlich viel reisen. Das sind Aufwendungen, die nicht im Deputat angepackt werden.

Der vierte Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist die Durchführung der Lehre im Skills Lab. Skills- und Simulationslehre ist etwas, was internationaler Standard ist, weil es die Studierenden vorbereitet, bevor sie in die Praxis gehen, bestimmte Handlungen durchzuführen und mit einer gewissen Selbstsicherheit die ersten Tätigkeiten an den Patienten und Patientinnen durchzuführen. Die Durchführung dieser Simulationslehre übernehmen wir sehr gerne, aber die Lehre wird mit einem Anrechnungsfaktor von 0,5 versehen. Das heißt, wenn Lehrende drei Semesterwochenstunden – SWS – Lehre machen, dürfen sie nur 1,5 SWS abrechnen. Das ist eine Schlechterstellung der Lehrenden in der Simulationslehre gegenüber Lehrenden in Vorlesungen, die so nicht hinzunehmen ist.

Ich möchte das einmal plastisch gestalten: Eine Lehrkraft mit besonderen Aufgaben hat an den HAW 22 SWS Deputat. Sie müsste tatsächlich 44 SWS erbringen, um ihre hundertprozentige Auslastung darzustellen. Das ist schlicht unmöglich. Hier müssen wir ran, dass dieser Faktor ähnlich dem Format der Praxisübung klinische Psychologie mit einem Anrechnungsfaktor von eins versehen wird. Diese Forderungen würden uns ermöglichen, kurzfristig die Lehre auf ein deutlich entspannteres Niveau auch für die Studierenden zu bringen. Deswegen fordern wir, dass wir in den Austausch gehen, wie wir die Hochschulen tatsächlich angemessen in den Aufwendungen berücksichtigen. – Damit würde ich an Frau Wohlketzter übergeben.

**Lae Wohlketzter** (Studierende ASH): Guten Tag! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung! Ich bin Studierende, mein Name ist Lae, ich studiere an der ASH Pflege im zweiten Semester. Ich bin heute stellvertretend für alle Pflegestudierenden hier, um Sie über unsere unmögliche und unstudierbare Situation zu informieren. Schon zu Beginn des Studiums sind die meisten Studierenden am Rand des Burn-outs. Wir müssen neben einer 40-Stunden-Woche an der Uni oder in den Praxisphasen noch ein oder zwei Nebenjobs haben, um uns über Wasser zu halten. Viele von uns kommen mit Studium und Arbeit auf eine 40-, 50- oder 60-Stunden-Woche. Nebenher müssen wir noch Berichte und Hausarbeiten schreiben, Lernen und

manchmal sogar schlafen. Ein Großteil von uns denkt regelmäßig darüber nach, das Studium abubrechen. Wir setzen unsere körperliche und mentale Gesundheit aufs Spiel und das über mindestens sieben Semester Regelstudienzeit.

Seit zwei Jahren bekommen wir von der Politik gesagt, dass das mit der Vergütung nicht so einfach geht. Wir müssen zusehen, wie sich Bund und Länder den Ball der Verantwortung hin und her spielen. Nur ein Blick auf das Studium der Hebammenkunde reicht, um zu sehen, dass es doch so einfach geht. Wir können nicht darauf warten, bis Karl Lauterbach sein Versprechen einlöst und etwas auf der Bundesebene bewegt, denn jeder Tag, den wir so weiterstudieren müssen, kostet uns unsere Gesundheit und Ihnen zukünftiges Pflegepersonal. Unter diesen Konditionen ist Pflege unstudierbar. – Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Als Nächstes ist Frau Prof. Dr. Kuhlmei an der Reihe.

**Dr. Adelheid Kuhlmei** (Charité – Universitätsmedizin Berlin): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses! Lassen Sie mich mit wenigen Pinselstrichen die Situation, die Sie gerade eben geschildert bekommen haben, noch einmal ein wenig untermauern. Ich argumentiere zunächst zu a) Vergütung der Praxisphase der Studierenden. Um wie viel Personen, um wie viel junge Frauen und Männer geht es überhaupt? – Wir haben erstmalig die Begutachtung der Pflegestudiengänge in der Bundesrepublik Deutschland durch das BIBB-Institut, das die Pflegestudiengänge evaluatorisch begleitet, vorgelegt bekommen. 2021 studierten ganze 508 junge Frauen und Männer in diesem Studiengang in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

Ein Cave möchte ich an dieser Stelle machen. Der heute schon zitierte Wissenschaftsrat hat uns schon vor zehn Jahren in die Annalen geschrieben, dass eine Quote von 10 bis 20 Prozent der Pflege akademisiert werden sollte. Mit der jetzt genannten Zahl liegen wir bei noch nicht einmal bei 1 Prozent. Etwa 27 Hochschulen, so das BIBB-Gutachten, und Fakultäten haben primärqualifizierende Studiengänge eingerichtet. Im Durchschnitt studieren dort 19 Studierende. Ich spreche als langjährige Prodekanin für Studium und Lehre der Charité und durfte unseren Studiengang einrichten. Mit 19 Studierenden können Sie eigentlich keinen Studiengang ordnungsgemäß, effizient und effektiv durchführen.

Die Auslastung – das ist die Problematik – der zur Verfügung stehenden Studienplätze – die sind doppelt so hoch im Vergleich zu den schon zitierten 508 Studierenden –, liegt bei knapp 50 Prozent. Das geht von null bis Vollauslastung. Wir haben in diesem Jahr – um eine Zahl zu nennen – an der Charité Berlin 63 Studienplätze zur Verfügung, 42 Studierende – glücklicherweise –, fangen bei uns im ersten Semester mit dem Pflegestudium an. Sie sehen aber, das ist keine Auslastung. Wir wollen eigentlich 63 Studierende haben.

Letztes Argument zu der Vergütung: Was zeigt die BIBB-Studie da, wo Einrichtungen es so wie wir an der Charité machen konnten, was andere Hochschulen aber nicht können? – Wir zahlen einen studiumsbegleitenden Beitrag von 450 Euro über unser klinischen Teil der Charité. Da zeigt sich in der BIBB-Studie deutschlandweit eindeutig, dass die Studiengänge, die eine solche studiumsbegleitende Bezahlung machen können, besser ausgelastet sind. Cave: Die Bezahlung wäre auch ein Votum für eine bessere Auslastung.

Noch einmal zu den Studierenden: Sie müssen weit über 2 000 Theoriestunden und fast 2 400 Praxisstunden ableisten. Dieser Workload liegt weit über dem unserer Medizinstudierenden. Sie sehen, da ist es wirklich schwer, nebenbei noch zu arbeiten. Eine Berliner Lösung wäre wunderbar, aber die bundesweite Lösung per Gesetzgebung, also die Angleichung der Konditionen mit der beruflichen primärqualifizierenden Ausbildung wäre im Moment wirklich unser Favorit.

Noch zwei, drei Argumente, wenn Sie mir gestatten, insgesamt zur Einschätzung: Solche neuen Studiengänge brauchen auch Entwicklungszeit. Die etabliert man nicht von einer Sekunde zur anderen. Bitte lassen Sie den Studiengängen in Berlin Luft. Unterstützen Sie sie, sodass sie sich entwickeln und bekannt werden können. Im Übrigen zeigt die BIBB-Studie, dass acht von zehn befragten Studierenden, die in diesen Studiengängen 2020/2021 angefan-

gen haben, dieses Studium erneut wählen würden. Behalten wir diese Studiengänge für unsere Studierenden im Blick, denn wir alle wollen, dass wir junge Menschen in die Pflege rekrutieren, und wir rekrutieren studierwillige junge Frauen und Männer aus anderen Bevölkerungsgruppen im Vergleich zu den Auszubildenden. Wir haben eine Chance, die man nicht vergeben darf, dass junge Menschen über dieses Studium in die Pflege kommen.

Letzte Argumentschiene: Die Bezahlung der Praxisphasen wird nur einen Punkt bei der Erhöhung der Attraktivität dieser Studiengänge leisten. Was brauchen wir noch? – Wir brauchen ein positives Absolventenbild. Wir brauchen Arbeitsplätze in allen Versorgungssettings, die mit so hochqualifizierten Akademikerinnen und Akademikern umgehen können und denen auch gute Arbeitsmöglichkeiten bieten. Wir brauchen eine angepasste Entlohnung für unsere Absolventinnen und Absolventen. Ich glaube, dann sollte es uns auch gelingen, die Kapazitäten der Studienplätze voll zu bekommen. – Danke für Ihr Ohr!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen herzlichen Dank! – Zum Schluss haben wir Herrn Prof. Dr. Weidner zugeschaltet. – Sie haben das Wort!

**Dr. Frank Weidner** (Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung Köln) [zugeschaltet]: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Damen und Herren aus dem Ausschuss! Danke für die Einladung! Ich möchte kurz in drei Thesen meine Stellung zu dem Thema „Aktuelle Situation und Perspektiven der hochschulischen Pflegeausbildung“ beziehen.

Erste These: Die Pflege in Deutschland braucht Innovation. Innovationen gehen – das wissen Sie – immer mit Wissenschaft und Forschung einher. Warum soll dies ausgerechnet in der Pflege anders sein? Das war der Grund für die eben schon zitierte Stellungnahme des Wissenschaftsrats von 2012, 10 bis 20 Prozent eines Ausbildungsjahrgangs für die Gesundheitsfachberufe akademisch zu qualifizieren. Dabei geht es im Kern um einen Brückenschlag zwischen akademischer Ausbildung und einer entsprechenden besseren Versorgung in Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanten Diensten. Internationale Studien weisen seit Jahren auf die Zusammenhänge einer evidenzbasierten Pflege und einer guten Pflegequalität hin; auch national haben wir dazu immer mehr Belege.

Zweite These: Deutschland hat in der hochschulischen Pflegeausbildung den Rückwärtsgang eingelegt. Wie kann ich das begründen? – Wir haben gerade von der BIBB-Studie von der Kollegin Kuhlmeier gehört. Ich beziehe mich auf die HQGplus-Studie des Wissenschaftsrats, die wir in diesem Jahr vorgelegt haben. Darin haben wir die Bachelorstudiengänge in verschiedensten Gesundheitsberufen untersucht. Der Akademisierungsgrad lag bei den Hebammen damals bei 53 Prozent. Er wird aufgrund der aktuellen Gesetzgebung auf 100 Prozent ansteigen. Die Logopädie lag bei 35 Prozent, die Physiotherapie bei 16 Prozent und die Pflege gerade mal bei 3 Prozent. Schauen wir uns nur die Primärqualifizierung an, dann sind wir bei 0,4 Prozent. Damit hat Deutschland weiterhin die rote Laterne unter vergleichbaren Staaten, was eine wissenschaftsfundierte Pflegeausbildung angeht. Das ist nicht nur innovationsfeindlich, das widerspricht auch der Gleichberechtigung, denn überwiegend sind Frauen in der Pflege beschäftigt. Das nimmt ihnen attraktive Karrierewege in der Versorgung am Patienten, mit dem Patienten, mit den Pflegebedürftigen.

Wir kommen in der Sache einfach nicht voran. Wir haben 2019 bundesweit in der HQGplus-Studie 1 500 Studierende insgesamt – Bachelor-Studierende, Neuanfänger – in allen 60 Bachelorstudiengängen gehabt. Die zitierte BIBB-Studie verweist auf diese 500 in den primärqualifizierenden, die wir gehört haben, und knapp 1 000 Studierende, die insgesamt angefangen haben. Wir haben auch die dualen Studiengänge. Folgt man dem Wissenschaftsrat, müssten wir aber 6 000 bis 12 000 Studienanfänger haben. Deutschland hat also den Rückwärtsgang eingelegt, obwohl es in die andere Richtung gehen muss. Die Gründe haben wir gehört. Es ist nicht nur eine desolante finanzielle Ausstattung von Studierenden, die Hochschulen sind komplett vergessen worden, und das gilt auch für die Versorgungseinrichtungen, die ausbilden sollen. Was die Sache noch einmal verschlimmert – und das sehen wir jetzt –: Die primärqualifizierenden Studiengänge sind das Zukunftsmodell. Die anderen werden langsam verdrängt. Das heißt, wir kommen nicht in den Vorwärtsgang, wenn nicht politisch entsprechend agiert wird.

Dritte These: Die zukünftige Pflege kann aber nur mit erweiterten Qualifikationsmixen gelingen. Im Juni dieses Jahres haben wir ebenfalls hier in Berlin die Ergebnisse einer sehr umfangreichen Studie der Robert-Bosch-Stiftung vorgestellt. Ein 360-Grad-Pflegequalifikationsmix wurde in mehr als 50 Krankenhausstationen und Pflegeeinrichtungen deutschlandweit erprobt. Es konnte gezeigt werden, wie gut es gelingen kann, Bachelor- und masterqualifiziertes Pflegepersonal in die direkte Patientenversorgung einzubinden. Die Ergebnisse zeigen eindrucksvoll die positiven Wirkungen nicht nur in der Versorgung, sondern auch in der Interdisziplinarität. Um bundesweit in allen Einrichtungen in den Teams regelhaft akademisch qualifiziertes Personal einsetzen zu können – darum muss es gehen, sonst brauchen wir gar nicht anfangen –, bedarf es insgesamt mittelfristig rund 150 000 akademisch qualifizierte Pflegefachfrauen und -männer. Das heißt mittelfristig: jedes Jahr etwa 10 000 Studienanfänger. Für Berlin wären das etwa 500 Studienanfänger. Das wäre eine Versechsfachung der Zahl von 2019. Das sind die 10 bis 20 Prozent, die der Wissenschaftsrat empfohlen hat.

Ich komme zum Schluss: Damit wir eine sichere Pflegeversorgung für die Zukunft schaffen, braucht es klare Signale aus den Bundesländern an den Bund und die Kostenträger, um mit den Hochschulen und den Versorgungseinrichtungen gemeinsam eine ausfinanzierte Hochschulische Pflegeausbildung zu schaffen und damit eine wirksame Teilakademisierung – über nichts anderes sprechen wir – in der Pflege umsetzen zu können. – Ich danke Ihnen!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Wir kommen zur Aussprache. Der Senat hat sich zuerst zu Wort gemeldet.

**Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG):** Vielen Dank! – Vielen Dank auch von meiner Seite für die Statements, wo ich sagen muss, dass ich sehr vieles unterschreiben kann und sehr vieles sehr ähnlich sehe, auch was die Entwicklung in den letzten Jahren angeht. Ich möchte an erster Stelle – weil es zu Recht angeklungen ist, gerade im letzten Beitrag von Dr. Weidner, wie wichtig die Entwicklung und die Teilakademisierung der Pflege ist. Da möchte ich schon hervorheben, dass die, die das jetzt wirklich anpacken, auch unter diesen schwierigen Bedingungen, Pionierarbeit leisten. Damit meine ich in erster Linie die Studierenden, die sich darauf einlassen, das zu tun, die aber auch erkannt haben, auch für sich, dass das ein guter Beruf ist und in der Zukunft ein gutes Einsatzgebiet sein kann und sein muss, und auch denjenigen, die



das an den Hochschulen umsetzen, auch in enger Abstimmung und vielen Diskussionen, unter anderem mit meinem Haus, aber eben auch auf Bundesebene. Vielen Dank dafür!

Ich würde nicht so weit gehen, dass wir sagen, dass wir den Rückwärtsgang eingelegt haben, aber wir sind zumindest noch nicht richtig gut nach vorne gekommen. Das liegt vor allen Dingen auch an den sehr komplizierten und auch schlechten bundesrechtlichen Rahmenbedingungen und auch an Finanzierungsfragen, und zwar an Finanzierungsfragen, die zum einen die Vergütung der Studierenden in den Praxiseinsätzen betrifft. Das ist richtig, dafür muss es eine Lösung geben, die hat die Koalition auf Bundesebene zugesagt. Ich bin jetzt tatsächlich, ich meine es wirklich ernst, zuversichtlich, dass wir im ersten Quartal 2023 eine Lösung des Bundes bekommen, die das regelt. Zumindest hat Bundesminister Lauterbach das in der letzten Woche noch einmal so angekündigt. Man darf nicht vergessen, dass wir auch die Refinanzierung der Praxisanleitung in den Blick nehmen. Beides gehört zusammen und beides muss geregelt werden, sonst wird das nicht ausreichen. Eine gute und nachhaltige Attraktivitätssteigerung kann deshalb nur auf Bundesebene erreicht werden, und das sage ich nicht, weil wir uns aus der Verantwortung stehlen wollen. Es ist keine Lösung, für alles, wo der Bund nicht schnell genug ist, zu sagen, jetzt muss Berlin voran und Geld geben. Das bringt uns strukturell und systematisch nicht weiter. Es wird uns auch finanziell irgendwann als Land Berlin in Bedrängnis bringen.

Wir sind als Land Berlin in der Sache keineswegs untätig. Ich will darauf hinweisen, dass das, was hier gesagt wurde, dass die Hochschulen weitgehend nicht gut ausgestattet sind, für Berlin nicht zutrifft. Wir haben den Hochschulen viele und ausreichend Mittel gegeben, um anzufangen und umzusetzen. Das geht im Rahmen der Hochschulverträge. Hier hat das Abgeordnetenhaus auch entsprechend mit- und nachgesteuert. Zumindest das ist in Berlin nicht das drängendste Problem, insbesondere dann nicht, wenn wir leider noch nicht die volle Auslastung haben, wie wir eben gehört haben.

Ich würde ganz gerne das Wort an meinen Mitarbeiter im Haus, Herr Wodrich, geben, um mal aufzuzeigen, wie wir als Land Berlin ganz konkret auch auf der Bundesebene in diesem Bereich in den entsprechenden Arbeitsgruppen tätig sind, und um einen aktuellen Sachstand haben, wo die Verhandlungen stehen. Hier wurde die Hebammenausbildung angeführt: Es ist leider wirklich nicht so einfach wie bei der Hebammenausbildung, weil zwei Sozialgesetzbücher betroffen sind. Insofern haben wir ein komplexeres Problem, was eine Lösung braucht, aber auch hier gibt es Lösungen, und ich hoffe, dass der Bund diese auch in Kürze vorlegt. Wenn es erlaubt ist, würde ich gerne das Wort an Herrn Wodrich weitergeben. – Bitte!

**Axel Wodrich** (SenWGPG): Vielen Dank! – Guten Tag! Ich kann berichten, dass – wie das schon verschiedentlich angeklungen ist – hier in erster Linie Bundesrecht betroffen ist. Nichtsdestotrotz haben die Länder mit Blick auf die gesamte Akademisierung relativ frühzeitig eine Arbeitsgruppe „Nichtärztliche Gesundheitsberufe“ in der KMK eingerichtet, wo wir uns auf der Fachebene regelmäßig kurzschließen und austauschen. Auch da – das klang vorhin an, und ich denke, das ist ein positives Zeichen – merkt man, dass es in der Regel immer einstimmig zugeht, es gibt keinen Dissens über A- und B-Ländergrenzen hinweg, und wir regelmäßig Initiativen starten, den Druck auf den Bund aufrechterhalten und uns auch mit der entsprechenden Gesetzgebung auseinandersetzen. Die gute Nachricht ist: Ich denke, das kommt, weil Druck von den Hochschulen, aber auch von den Ländern kam und weil der Bund auch

erkannt hat, dass die Auslastung – die Studienplätze sind da – so gering ist, dass angekündigt wurde, im ersten Quartal 2023 mit der Anpassung der Gesetzgebung zu beginnen.

Vielleicht noch ein kleiner Exkurs, weil die Hebammen als Vergleich angeführt wurden: Es ist so, dass dadurch, dass wir bei der generalisierten Pflegeausbildung in zwei Sozialgesetzbüchern, sowohl in der stationären Pflege als auch in der ambulanten und Langzeitpflege, unterwegs sind, auf der Bundesebene Anpassungen erfolgen müssen und jetzt auch sollen. Wir werden uns als Land Berlin weiter regelmäßig einbringen, um dieses Gesetzgebungsverfahren, was auch Auswirkungen auf uns als Länder hat, konstruktiv zu begleiten. Was wir parallel auch tun, weil das vorhin angesprochen wurde, ist, dass wir uns weiter eng mit den Hochschulen austauschen. Morgen ist wieder ein fachlicher Austausch mit unserem Haus vorgesehen, wo wir schauen, wie wir in den Rahmenbedingungen – die staatlichen Prüfungen wurden angesprochen – ganz pragmatische Verbesserungen hinbekommen. Da sind wir dran, auch die KMK befasst sich damit, und der Wissenschaftsrat wurde auch schon angesprochen. – Danke schön!

**Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG):** Ein abschließender Satz dazu – es wurde schon von Prof. Kuhlmeier gesagt –: Es ist so, dass die Finanzierung nur eine Säule ist. Ganz wichtig ist, dass wir mit der Krankenhausreform und überhaupt den Reformen in unserem Gesundheitssystem auch die entsprechenden Kompetenzen und Qualifikationen in der praktischen Arbeit wirksam machen, dass Berufsbilder entwickelt werden, wie die Einsatzfelder gestaltet sind. Da braucht es sehr viel Bewegung auch innerhalb des Gesundheitssystems, was von der Wissenschaftsseite nicht alleine gesteuert werden kann. Erst dann wird es uns gelingen – das zeigen die Beispiele aus anderen Ländern –, dass das wirklich ein gutes Berufsbild wird und es eine gute Ausbildung werden kann.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank an den Senat! – Herr Schulze hat das Wort!

**Tobias Schulze (LINKE):** Vielen Dank! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden, dass Sie uns Rede und Antwort stehen, und für die eindringlichen Eingangsstatements! Vielleicht eine kurze Vorbemerkung: Ich glaube, die Dramatik, die auch Frau Prof. Dr. Kuhlmeier noch einmal deutlich gemacht hat, besteht darin, dass das Pflegestudium auf der Kippe steht. Wenn wir nicht schnell politisch handeln – mit „wir“ meine ich die gesamte Politik, nicht nur das Land Berlin –, dann wird es diese Pflegestudiengänge in ein, zwei Jahren nicht mehr geben. Das muss man mal deutlich machen.

Was das bedeuten würde, wenn wir die Akademisierung der Pflege rückabwickeln, geht weit über den akademischen Bereich hinaus. Mit der Akademisierung der Pflege geht auch ein Paradigmenwechsel in der gesundheitlichen Versorgung einher. Die Pflegekräfte, die wir gerade ausbilden wollen, sollen die Säule eines zukünftigen Gesundheitssystems werden, das viel stärker auf so etwas wie Community Nurses und ambulante Versorgung vor Ort setzt, die stärker auf Dinge eingeht, die eben in sozial benachteiligten Quartieren beispielsweise eine Rolle spielen usw. Wenn uns da die Fachkräfte fehlen, können wir die gesamte Reform unseres Gesundheitswesens nicht umsetzen. Das muss man einmal deutlich machen. Das fängt bei dem relativ kleinen Prinzip der Vergütung des Pflegestudiums an und endet zum Schluss bei der Frage, ob wir in 10 oder 20 Jahren noch eine vernünftige Gesundheitsversorgung in diesem Land haben. Das ist die Bedeutung; darüber reden wir gerade. Deswegen ist es so wichtig, dass wir uns heute verständigen.

Ich möchte bei Frau Wohlketter anfangen. Vielleicht können Sie einmal sagen, was Sie in einer Woche Ihres Studiums so tun. Sie haben vorhin von einer 60-Stunden-Woche gesprochen. Da dachte ich, das geht schon fast in Richtung Abgeordnete, das wäre wirklich schlimm. – Nein, ganz im Ernst: Vielleicht können Sie sagen, was sich bei Ihnen bei den Arbeitsanforderungen häuft. Vielleicht können Sie uns das darstellen, damit das ein bisschen plastisch wird. Ich glaube, die Überlastungssituation und das ohne jegliche Vergütung von außen ist ein Kern des Problems, über das wir sprechen.

An Herrn Prof. Gräske hätte ich die Frage: Sie haben sehr gut und eindringlich die entsprechenden Probleme, die wir auf der Landesebene in der LVVO und der KapVO haben, dargestellt. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, was getan werden müsste oder welche Fachgebiete Sie brauchen, um Ihre Professuren zu besetzen. Wenn wir keine Lehrenden haben, dann können wir uns solche Studiengänge auch schenken. Sie haben auf das Problem der Anrechnung der Praxiszeiten in der Pflege verwiesen. Ich glaube, das ist etwas, wo wir versuchen könnten, das im Hochschulgesetz anzupassen. Ich finde es absurd, dass Pflegerinnen und Pfleger das nicht machen können, dabei ist das die Kernkompetenz.

An Frau Prof. Kuhlmeier die Frage der Berufsbilder: Die Attraktivität des Studiums steht und fällt mit der Frage, ob die Studierenden die Perspektive haben, hinterher etwas anderes zu machen als ihre Kolleginnen und Kollegen, die eine Berufsausbildung gemacht haben. Im Moment sieht es nicht so aus. Was kann die Wissenschaft beitragen – Sie haben an der Charité die Verknüpfung von Praxis und Forschung –, um diese Berufsbilder zu erarbeiten und ins Gesundheitssystem zu übertragen?

An Herrn Prof. Weidner hätte ich die Frage: Sie haben verschiedene Studien zu den Zahlen erwähnt. Das war sehr beeindruckend. Wir sind weit davon entfernt, auch nur annähernd in die Richtung der geforderten Fachkräfteausbildungszahlen zu kommen. Vielleicht können Sie noch etwas zum bundesweiten Vergleich sagen. Wo steht Berlin im bundesweiten Vergleich, und welche politischen Bewegungen oder welches politische Ansinnen sehen Sie in anderen Bundesländern und beim Bund, um diese Zahlen jemals zu erreichen? – Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen Dank! – Dann ist jetzt Herr Grasse an der Reihe!

**Adrian Grasse (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Anzuhörenden für Ihre Ausführungen, dass Sie heute hierhergekommen sind und sich der Thematik stellen! Ich habe das mit Interesse verfolgt. Den Hilferuf nehmen wir sehr ernst und unterstützen auch die Forderungen, werden dem hier heute zustimmen. Die Studiumsabbrucherquote ist in der Tat alarmierend. Herr Prof. Gräske von der ASH hat darauf hingewiesen, wie hoch die ist. Es ist – da stimme ich auch Herrn Schulze zu – alarmierend, wenn die Entwicklung so weitergeht und es zu einer Rückabwicklung käme. Welche Auswirkungen das hätte, muss man sehr ernst nehmen. Das Studium ist praxisorientiert. Pflegeazubis erhalten eine Vergütung, und warum das bei Studentinnen und Studenten in der Pflege nicht so sein soll, erschließt sich nicht. Insofern brauchen wir, was das Thema angeht, eine Gleichstellung. Wer sich für die Akademisierung des Pflegeberufs einsetzt – darüber haben wir verschiedentlich im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung gesprochen; nicht nur in dieser Legislaturperiode, auch in der vergangenen Legislaturperiode war das immer wieder ein Thema – muss entsprechende Rahmenbedingungen schaffen.

Das gilt übrigens auch für die Medizinstudentinnen und -studentinnen im Praktischen Jahr. Ich kann mir nicht verkneifen, das an der Stelle deutlich zu sagen und daran zu erinnern, dass wir in der vorletzten Sitzung des Ausschusses auch einen Antrag der CDU hatten. Frau König, Sie haben die Begründung abgelehnt, weil Sie auf ein Zeichen vom Bund warten – so habe ich das jedenfalls in Erinnerung. Sie können gerne noch einmal etwas dazu sagen, aber es erschließt sich nicht, warum man heute diesem zustimmt und das Gleiche nicht auch für Medizinstudentinnen und -studenten im Praktischen Jahr gelten soll. Da sind Sie nicht klar und eindeutig. Ich finde, das sollte man an der Stelle ausdehnen. Sie haben es in der Sitzung, so habe ich das in Erinnerung, für gut befunden, und trotzdem den Antrag abgelehnt. Ich glaube, nur weil er aus der Opposition kam.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Jetzt ist Frau Dr. Czyborra an der Reihe.

**Dr. Ina Maria Czyborra (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Deutschland hat sich mit 30 Jahren Verspätung auf diesen Weg der Akademisierung der Pflege gemacht und das vielleicht auch ein bisschen halbherzig. Einige von uns hatten das große Privileg, Michael Müller auf seiner Bundesratsreise nach Australien zu begleiten. Da hatten wir den Schwerpunkt Gesundheit und Wissenschaft. Uns wurde sehr eindrücklich vor Augen geführt, wie notwendig das ist und dass es dort seit 30 Jahren die akademisierte Pflegeausbildung gibt, was das für das bedeutet, was am Bett und von wem getan wird, und wie Karrierewege zu gestalten sind, wenn man akademisierte Pflegekräfte hat, die entsprechende Berufs- und Einkommensperspektiven brauchen.

Wie gesagt, wir haben uns sehr spät auf den Weg gemacht und das etwas halbherzig, mit einer Menge Verträgen zulasten Dritter – so nenne ich das mal. Damit meine ich sowohl die Studierenden als auch die Institutionen wie auch die Länderhaushalte und die ganzen Probleme, die hier eindrücklich beschrieben worden sind. Da bleiben gar nicht viele Fragen offen. Frau Senatorin hat es gesagt, es gibt gerade in der letzten Woche eine Zusage des Bundesgesundheitsministers Lauterbach, dass da etwas passiert. Insofern kann ich nur sagen: Ja, es ist vielleicht auch ein bisschen billig, Anträge einzubringen, wenn man so lange für diese Dinge Verantwortung getragen hat, die eigentlich im Bund umzusetzen sind. Ich hoffe, wir machen uns alle zusammen auf den Weg. Es sitzen eine Menge Leute hier, die einer Meinung sind und die in Bundesland oder Bund die Verantwortung dafür tragen, hier vor allem auch im Bund. Insofern würde ich sagen, nur noch machen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Jetzt ist Herr Förster an der Reihe.

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden, dass Sie das Thema noch einmal näher gebracht haben. Ich glaube, hier im Ausschuss muss niemand mehr dafür sensibilisiert werden. Das ist eine sehr wichtige und drängende Frage. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass da etwas passieren muss. Das ist nicht nur eine höfliche Vorrede, sondern es ist uns allen bewusst, dass sich am Horizont etwas abzeichnet, was uns nicht gefallen kann.

Ich will ausdrücklich sagen, Herr Prof. Gräske, – die Alice-Salomon-Hochschule ist da bereit gewesen, Neuland zu betreten – dass auch Ihre Rektorin Frau Prof. Völter immer wieder von oberster Stelle darauf hingewiesen hat. Ich erinnere mich daran, dass ich schon vor zwei Jah-

ren ein Gespräch mit ihr hatte, und ich habe gesagt, dass auch die Studentinnen und Studenten ihren Unmut selbst artikulieren müssen. Dann sind mehrere offene Briefe entstanden. Ich will das ausdrücklich in Richtung der Studentenschaft spiegeln, und will mich dafür bedanken, weil am Ende diejenigen, die betroffen sind, sich artikulieren und äußern müssen. Wenn das „nur“ von der Leitungsebene passiert, dann ist es zu wenig. Es ist Gott sei Dank hier anders. Das erleben wir nicht immer so. Deswegen herzlichen Dank dafür – und das bitte auch weitergeben –, dass das von den Betroffenen selbst kam, dass die mit der E-Mailadresse, mit der Serie an offenen Briefen auch selbst tätig sind. Das ist, glaube ich, sehr hilfreich und wichtig gewesen, weil es damit auch authentisch ist. Ich glaube, das ist etwas, was der Politik gut tut, wenn man die Schilderung von direkt Betroffenen hat.

Ich will gar nicht die Grundsatzdiskussion, was passiert, wenn wir im Bereich der akademischen Pflege nicht schnell genug vorankommen, aufmachen, aber ich will trotzdem Herrn Prof. Gräske und Frau Prof. Kuhlmeier fragen, inwieweit – wenn sich das nicht bald zu einer konstruktiven Lösung fügt –, dann mit dem bisherigen System der nichtakademischen Ausbildung weiter verfahren werden muss, ob man möglicherweise auch andere Zielgruppen erreicht, die man jetzt nicht erreicht. Ich kenne aus meinem Bekannten- und erweiterten Familienkreis Leute, die nach der 10. Klasse abgeschlossen haben und sagen: Ich hätte mich für die Pflegeausbildung interessiert, aber ich sehe mich aus verschiedenen Gründen nicht als Studentin oder als Student –, die dann dem Pflegeberuf abhandeln. Verlieren wir mit der Akademisierung mit all den Vorteilen, die der Kollege Schulze beschrieben hat – da will ich auch gar nicht dagegenreden – möglicherweise nicht Leute, die sich eine akademische Ausbildung nicht zutrauen oder sie aus verschiedensten Gründen nicht wollen? Wie kann man da möglicherweise gegensteuern, dass man die auch behält, weil die Pflege auch diese Leute braucht? Da wäre ich dankbar, wenn Sie Hinweise geben könnten.

Herr Prof. Gräske! Sie haben das Thema der staatlichen Prüfungen und insbesondere des Arbeitsumfanges derjenigen, die diese Prüfungen betreuen und abnehmen müssen, beschrieben. Gäbe es da pragmatische Hinweise Ihrerseits, wie man das reduzieren könnte? Wir sind nun einmal ein sehr bürokratisches Land, und in vielen Bereichen sind die Abläufe sehr zeitintensiv, gerade was die Dokumentation und die Vor- und Nachbereitung von Prüfungen betrifft. Hätten Sie, was die Prüfungen betrifft, Vorschläge, die man auch umsetzen kann, oder liegt es an der Prüfungsordnung? Wo ist aus Ihrer Sicht der Kern des Problems?

Ich hätte gerne von Ihnen als Anzuhörenden gewusst – das gilt genauso auch für Prof. Weidner, der am Bildschirm zugeschaltet ist –, was die Dinge sind, die neben dem Bund auch vom Land getan werden müssten. Wir haben von der Senatorin nicht zu Unrecht gehört, dass viele Dinge auf der Bundesebene entschieden werden müssen. Da bin ich auch bei Ihnen, aber am Ende sind wir in einer Anhörung eines Landesparlaments. Wenn wir am Ende nach Hause gehen und sagen: 100 Prozent ist Bund, wir können gar nichts machen –, wäre das misslich und wäre auch für Sie nicht befriedigend. Die Frage ist: Was kann auf Landesebene hier im Land Berlin aus Ihrer Sicht im Sinne des von Ihnen Gesagten getan werden? Wo können wir helfen oder mitmachen, dass wir zu einer Verbesserung kommen?

Stichwort Geld: Die Senatorin hat darauf verwiesen, dass durch die Hochschulverträge nicht wenig Geld bereitgestellt wird – jedenfalls insgesamt. Sehen Sie das auf der Landesebene momentan bei der Situation und bei der noch nicht einmal Ausschöpfung der Anzahl derjenigen, die dort studieren könnten, so, dass es auch finanzielle Probleme gibt, oder ist das eher die Frage von Ausbildungsvergütung, Nebenjobs, von sagen wir mal generell den Arbeits- und Studienbedingungen, die zu kritisieren sind, und weniger die finanziellen Aspekte?

Was ich mich beim Thema Nebenjobs usw. und der 60-Stunden-Woche gefragt habe, ist, ob es nicht auch die Möglichkeit gäbe, diese Nebenjobs in Bereichen zu absolvieren – durch feste Vereinbarungen mit Krankenhäusern, Pflegestationen etc. –, die ohnehin Bestandteil der Ausbildung sind, dass man sagt, das ist ein Aufwand, der vergütet wird, weil es ein Nebenjob ist, aber dass das irgendwie für das Studium mitangerechnet und irgendwie im Rahmen des Studiums mitabsolviert werden kann. Wenn nein: Wäre es sinnvoll, das zu tun? Das würde auf der einen Seite einen Nebenjob bedeuten, der gleichzeitig dem Studium nutzt. Das wäre vielleicht sinnvoller, als bei Lidl an der Kasse zu sitzen. Ich könnte mir jedenfalls vorstellen,

dass man etwas mitnimmt und das möglicherweise irgendwie in die Studienleistungen mitintegrieren könnte.

Herr Prof. Weidner! Sie haben gesagt, dass wir in Europa die rote Laterne hätten. Das wundert mich etwas, weil ich immer noch glaube, dass das deutsche System bei allen Schwächen auch im europäischen Vergleich im Gesundheits- und Pflegebereich immer noch relativ gut ist. Sonst würden nicht viele fähige Kräfte gerade aus Ost- und Südeuropa zu uns kommen, die dann dort das Problem verstärken, dass dort zu wenig ausgebildete Fachkräfte sind. Ich weiß um die Situation im Pflege- und Gesundheitsbereich zum Beispiel in Griechenland, im Süden von Italien, in Spanien, Portugal, aber auch in Osteuropa. Insofern wäre ich Ihnen für den Hinweis dankbar, Herr Prof. Weidner, was wir bei der Pflegeausbildung zum Beispiel von Griechenland lernen können. Mir war nicht bewusst, dass die dort besser dastehen, dass das Pflegesystem im Süden Europas besser ausgebildet sei. Wenn ich etwas verpasst habe, sagen Sie mir es gerne, ansonsten müssten schon einmal die europäischen Länder nennen, die im Bereich der Akademisierung der Pflege deutlich besser sind, deutlich mehr Geld geben und deutlich mehr Ressourcen einsetzen. Ich glaube, das Thema Pflege ist ein Problem, was wir generell haben.

Ich will noch einmal – damit alle auf dem gleichen Stand sind, was die Bundesebene tun kann – aus dem Koalitionsvertrag die fünf Sätze zitieren, die den Kern unseres heutigen Problems umfassen, weil wir auch ein Wortprotokoll haben, das für diejenigen, die das hinterher nachvollziehen wollen, hilfreich sein kann. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung, Seite 82. Da steht:

Wir harmonisieren die Ausbildungen u. a. durch bundeseinheitliche Berufsgesetze für Pflegeassistenten, Hebammenassistenten und Rettungssanitäter und sorgen für eine gemeinsame Finanzierung von Bund und Ländern. Die akademische Pflegeausbildung stärken wir gemeinsam mit den Ländern. Dort, wo Pflegefachkräfte in Ausbildung oder Studium bisher keine Ausbildungsvergütung erhalten, schließen wir Regelungslücken. Professionelle Pflege ergänzen wir durch heilkundliche Tätigkeiten und schaffen u. a. das neue Berufsbild der „Community Health Nurse“.

– Zitat Ende. Ich will es nur zu Protokoll geben, damit alle wissen, dass das die Aufgaben sind, die auf der Bundesebene anstehen und die umgesetzt gehören. Das ist eine ganze Menge. Wenn wir das auf dem Weg gebracht hätten, wären wir schon ein gutes Stück weiter. Bei der Finanzierung steht aber auch – das ist mir auch wichtig zu sagen –, dass Bund und Länder gemeinsam in der Pflicht sind und deswegen wahrscheinlich auch wir im Land Berlin noch eine Schippe drauflegen müssen. „Gemeinsam“ heißt eben auch, dass möglicherweise auch das Land mehr Geld beisteuern muss. Wir müssen sehen, was das kostet. Ich will nur sagen, dass das am Ende nicht dazu führen kann, dass wir es nicht machen, weil Bund und Land gegenseitig mit dem Finger aufeinander zeigen und die Finanzierung nicht sichergestellt ist. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Danke schön! – Frau Suka, Sie haben das Wort!

**Aferdita Suka (GRÜNE):** Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich möchte aus diesem Kreise auch meinen Dank an eine Hochschule richten, die hier nicht vertreten ist, sich aber ebenfalls engagiert, nämlich die Evangelische Hochschule Berlin. Vielleicht nur ganz kurz zu der An-

merkung der CDU-Fraktion zu den Medizinstudierenden: Es ist heute, glaube ich, nicht der Tag, wo wir irgendwelche Gruppen aufwiegen müssen, wer noch Hilfe braucht. Selbstverständlich haben es die Medizinstudierenden in diesem Projektjahr ebenfalls schwer. Trotzdem haben wir immerhin von Prof. Kuhlmeier gehört, dass es da auch einen qualitativen Unterschied gibt. Ich möchte die Debatte nicht aufheizen. Heute reden wir über die Pflege. Das machen wir sehr selten, um nicht zu sagen noch nie in diesem Ausschuss in der Form. Insofern können wir ruhig mal bei der Pflege bleiben. Das andere gerne nächstes Mal.

Ich habe gar nicht so viele Fragen an die Anzuhörenden. Das liegt daran – jetzt rede ich mal in der Form über mich –, dass ich seit dem ersten Tag, an dem ich den Job Abgeordneter angefangen habe, gefühlt nichts anderes gemacht habe, als mich um dieses Thema zu kümmern. Ich stehe insofern in starkem Austausch mit vielen Gesprächen. Heute haben wir sehr ausführlich mitbekommen, dass es, in der Wissenschaft sowieso nicht, aber auch in der Expertise der Fachabgeordneten, keine Kenntnislücken gibt und es hier nicht an Kenntnissen mangelt, wie die Situation der Pflegestudierenden aussieht, aber auch nicht daran, was die Bedeutung der Pflegestudierenden und der akademischen Pflege insgesamt für die Pflege, für die Versorgungsqualität, aber auch für die Nachwuchssicherung ist – das als Signal, das wir senden können. Selbstverständlich wollen wir für die Pflege auch eine Weiterentwicklung, selbstverständlich wollen wir uns dieser Disziplin auch einmal angemessen widmen – als Politik, als Gesellschaft, als Arbeitgeberinnen. Ich habe auch gehört und sehr gerne nehme ich zur Kenntnis, dass sich die Charité da einbringt. Sie haben selbst gesagt, dass es Hochschulen gibt, die andere Rahmenbedingungen haben.

So viel dazu, weil das aus mir mal rausmusste. Ich beschäftige mich wie gesagt schon ein bisschen länger damit. Ich glaube, fachlich ist so viel Richtiges gesagt worden. Ich danke auch den Anzuhörenden. Vielen Dank! – Herr Weidner hat uns gewarnt, dass er den Rückwärtsgang sieht. Ich glaube, das ist durchaus, was ich beobachte, begründet. Wir sollten den Handlungsdruck verstanden haben und insofern nicht nur diese Bundesratsinitiative beschließen, sondern alle politischen Farben nicht nur heute, sondern an jeder Stelle, wo sie können, weiter den entsprechenden Druck machen. Das erhoffe ich mir auch durch die heutige Sitzung.

Eine Frage habe ich an die Fachabteilung der Verwaltung: Sie sprachen die Kultusministerkonferenz – KMK – an. Frau Senatorin hat öfters berichtet, dass Sie auch diesen Weg wählen und in Bund-Länder-AGs immer wieder auf die Situation verweisen und Druck machen. Vielleicht können Sie trotzdem noch einmal zur KMK ein bisschen mehr sagen, was es mit der Initiative auf sich hat und stärker erläutern, wie weit man ist und wie der Zeitplan aussieht. Gerne hätte ich auch Herrn Lauterbach gefragt, wie sein Zeitplan der Umsetzung ist, denn mit Ankündigung der Ankündigung des Koalitionsvertrags muss nun Schluss sein. Da erwarte ich auch einen Zeitplan, wann es nun losgeht. – Sie merken, ich könnte gar nicht aufhören, aber ich höre jetzt gerne auf und gebe weiter. Noch einmal danke an diese fachliche Runde!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Jetzt ist Herr Trefzer an der Reihe.

**Martin Trefzer (AfD):** Danke schön! – Auch von meiner Seite herzlichen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie uns die dramatische Lage der hochschulischen Pflegeausbildung so eindrücklich vor Augen geführt haben! Ich glaube, wir sind uns alle bewusst, dass wir die Wei-



chen stellen müssen, weil – wie Herr Schulze gesagt hat – die akademische Pflegeausbildung auf der Kippe steht.

Ich möchte mal mit einer allgemeineren Bemerkung oder Frage anfangen. Es gibt die Studie von Frau Prof. Dr. Ingrid Darmann-Finck, die die möglichen Aufgabenfelder studierter Pflegekräfte mit den tatsächlichen Einsatzfähigkeitsbereichen abgeglichen und festgestellt hat, dass 58 Prozent der Tätigkeiten von Bachelorabsolventen mit dem vergleichbar sind, was beruflich ausgebildeten Pflegekräfte leisten. Deswegen ist meine Frage ganz allgemein: Wie hat sich der tatsächliche Tätigkeitsbereich der studierten Pflegekräfte entwickelt? Werden die wirklich primär für die Aufgaben eingesetzt, für die das Studium vorgesehen ist – Leitungsfunktion, evidenzbasierte Pflege usw. –, oder ist es letzten Endes doch so, dass sie zum Großteil, wie die Studie nahelegt, die Tätigkeiten der beruflich ausgebildeten Pflegekräfte ausführen?

Es gab auch die Empfehlung des Deutschen Pflegerats, der fordert, um die akademische Pflegeausbildung aufzuwerten, neben klaren Karriereoptionen und vernünftigen Vergütungsstrukturen auch Kompetenzen aus dem Bereich Heilkunde für Pflegestudierende aufzuschließen. Wie schätzen Sie das ein? Ist das zu viel, wenn das on top käme? Inwieweit könnte man Kompetenzen aus dem Bereich Heilkunde auch für studierte Pflegekräfte öffnen? Wäre das aus Ihrer Sicht sinnvoll und welchen Weg könnte man da beschreiten?

Herr Prof. Gräske! Sie fordern zu Recht, die Praxisbegleitung, die Prüfungsleistung und die Arbeit in den Skills Labs besser zu berücksichtigen. Meine Frage ist ganz direkt: Wie könnte in Bezug auf die Deputatsanrechnung eine schnelle Lösung gefunden werden, dass diese Punkte besser berücksichtigt werden? Vielleicht auch die Frage an den Senat: Welche Möglichkeiten gebe es, das besser anzurechnen? Bei den Skills Labs fordern Sie eine Verbesserung der Relation von 1 : 20 auf den internationalen Standard – wie Sie schreiben – von fünf bis acht Studenten pro Lehrkraft. Mit welchen Kosten wäre das verbunden und wie stark sehen Sie die Einschränkungen, die mit der jetzigen Relation verbunden sind?

Zum Thema der dreijährigen Berufserfahrung. Da ist klar, dass das auf der Bundesebene geändert werden muss; das wurde mehrfach angesprochen. Bestünde aus Ihrer Sicht auch die Möglichkeit, durch eine flexiblere Handhabung – sage ich mal – der bestehenden Gesetzeslage da irgendwie ranzukommen, dass man diese dreijährige Berufserfahrung auch für die Pflegearbeit öffnet, die bereits im Vorfeld des Studiums geleistet worden ist? Ist das aufgrund der bestehenden Gesetze gar nicht möglich, oder gibt es da eine Handhabe oder eine flexiblere Auslegung, um die Lage zu verbessern?

Zum Thema fehlende Vergütung von Praxiseinsätzen frage ich erst einmal, wie umfangreich diese Praxiseinsätze sind. Da wurden 2 500 Stunden Praxiseinsätze – das habe ich gelesen – innerhalb eines dreijährigen Pflegestudiums genannt. Das klingt gigantisch. Können Sie kurz sagen, ob das eine realistische Zahl ist oder ob es doch ein bisschen weniger ist?

Zum Thema Refinanzierung der Praxisanleitung: Ich habe etwas von Frau Vogler vom Deutschen Pflegerat gelesen, die darauf hinwies, dass die Refinanzierung die Ausbildungseinrichtung unter Druck setze, weil sie das selbst erbringen müssen und die Kooperationsbereitschaft dadurch sinkt. Meine Frage ist, ob bezüglich der Refinanzierung der Praxisanleitung eine Al-

ternative möglich ist. Was wäre der Ausweg? Könnte eine Finanzierung der Praxisanleitung über den Ausbildungsfonds erfolgen?

An den Senat die Frage zum Thema der Auslastung der Studienplätze und der Akademisierungsquote: Laut dem Bundesinstitut für Berufsbildung sind wir bundesweit bei einer Auslastung von 50 Prozent der Studienplätze für die hochschulische Pflegeausbildung. Wie ist die Quote in Berlin, wie sieht es da aus? Dann zur Relation von ausgebildeten zu studierten Pflegekräften: Wir haben 2021 – dafür habe ich mir die Zahl rausgezogen – 61 000 Auszubildende im Pflegeberuf, aber – ich runde mal auf – 1 000 in vergleichbaren Studiengängen. Wenn ich das richtig sehe, wäre das eine Relation von unter 2 Prozent bundesweit. Jetzt lese ich die Empfehlungen, wo von Akademisierungsquoten von 10 bis 20 Prozent die Rede ist. In den USA wird vom Institute of Medicine sogar 80 Prozent als anzustrebende Zielgröße genannt. Was wäre für Sie ein Richtwert, wo es sich am Ende einpendeln soll? Wir sind jetzt bei 2 Prozent. Das kann es dann noch gar nicht sein. Es müsste eine Verfünf- oder eine Verzehnfachung auf 20 Prozent erfolgen. Wie könnte man diesen Weg beschreiten, um dorthin zu kommen und wann sehen Sie das Ziel erreicht? – Herzlichen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Jetzt hat Frau König das Wort.

**Bettina König (SPD):** Vielen Dank! – Zusammenfassend kann man sagen, glaube ich, dass die Situation allen hier Anwesenden bekannt ist, was schon einmal hilfreich ist, aber ich finde, dass Solidaritäts- und Verständnisbekundungen alleine nicht ausreichen. Wir müssen mal zum Punkt kommen, etwas zu tun. Es darf nicht noch einmal – wie meine Kollegin Frau Suka gesagt hat – eine Ankündigung zur Ankündigung abgewartet werden. Dafür ist keine Zeit mehr. Deshalb würde ich gerne den Senat ganz konkret fragen: Wir haben im gerade beschlossenen Doppelhaushalt 2022/2023 für den Praxisanteil Pflege Geld eingestellt – ich glaube, 1,7 Millionen Euro. Was ist der Stand der Dinge? Was ist genau geplant? Was ist bisher vielleicht schon passiert?

Dann würde mich interessieren: Andere Bundesländer haben schon entsprechende Programme aufgelegt – Bayern und Baden-Württemberg zum Beispiel –, um eine Zwischenlösung zu finden, bis der Bund eine konkrete Lösung gefunden hat. Ist in Berlin auch etwas Weitergehendes geplant?

Mich interessiert auch, wie vom Senat die Möglichkeit bewertet wird, dass die Krankenkassen stärker an der Finanzierung beteiligt werden. Das ist bei anderen Berufen im Pflege- und Gesundheitsbereich der Fall. Bei Berufen, die an Krankenhäusern angegliedert sind, sind die Krankenkassen mit in der Verpflichtung. Wie sehen Sie die Möglichkeiten? – Das wären die konkreten Fragen, die mich interessieren. Was haben wir mit dem Geld gemacht, was wir eingestellt haben? Was ist noch geplant? Was kann man als weitere Übergangslösung machen, bis der Bund – ich sage es mal so – aus den Puscheln kommt?

Herr Grasse! Es ist doch schön, wenn wir einer Meinung sind, dass die PJ-ler eine bessere Vergütung brauchen. Das ist schon lange ein Thema. Herr Spahn hätte da schon etwas früher aktiv werden können. Wir haben jetzt eine Bundesratsinitiative eingebracht. Inhaltlich sind wir einer Meinung. Das ist doch gar kein so schlechtes Zeichen. Wir hoffen, dass die Bundesebene dort mal eine Lösung findet.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Gut! – Wir kommen jetzt zur Antwortrunde, in der Sie die Möglichkeit haben, die vielen Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Wir würden wieder in gleicher Reihenfolge vorgehen, wenn das für Sie in Ordnung ist: Herr Prof. Dr. Gräske und Frau Wohlketzter, dann Frau Prof. Dr. Kuhlmeier und zum Schluss Herr Prof. Dr. Weidner. – Herr Prof. Dr. Gräske, Sie haben das Wort!

**Dr. Johannes Gräske (ASH Berlin):** Ich würde das Wort gerne erst einmal an Frau Wohlketzter geben, weil die erste Frage von Herrn Schulze an sie ging.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Ja, das ist in Ordnung! Dann machen wir es andersherum.

**Lae Wohlketzter (Studierende ASH):** Es wurde gefragt, ob ich unseren Alltag darstellen kann. Wir haben eine 40-Stunden-Woche, entweder an der Hochschule oder in den Praxiseinrichtungen, wo wir genau wie Auszubildende die gleichen Pflichtstunden erfüllen müssen. Nebenher müssen wir Berichte und Hausarbeiten schreiben, wir sollen wissenschaftlich fundiert arbeiten, was unfassbar viel Arbeit mit nach Hause bringt. Es wird auch noch erwartet, dass wir uns politisch dafür organisieren, dass wir da finanziert werden. Die meisten von uns haben einen bis zwei Nebenjobs nebenher, auch wenn wir eine 40-Stunden-Woche im Krankenhaus haben, und nehmen die Arbeit, die man sonst in der Zeit hätte machen können, in die Nacht, in den Abend mit. Ich bin mir sicher, dass ich das nicht noch weiter ausführen muss, weil das Ihnen allen bekannt ist, wie schon mehrmals erwähnt wurde. Es ist halt für keinen tragbar.

**Dr. Johannes Gräske (ASH Berlin):** Vielen Dank! Dann würde ich weitermachen. – Vielen Dank für die ganzen Rückfragen, die wir bekommen haben. Glauben Sie mir, dass ich wirklich erleichtert bin, wie tief Sie in der Thematik drinstecken. Das merkt man an den Details Ihrer Rückfragen.

Herr Schulze! Sie fragen, welche Disziplin wir in den professoralen Ebenen brauchen. Wir haben keine Probleme, die rein wissenschaftlichen Fachgebiete abzudecken. Wo wir Probleme haben, sind die klinischen, und das ist der Großteil in der akademischen Pflegeausbildung. Ich fasse gleich ein bisschen voraus, was Herr Förster und Herr Trefzer gefragt haben. Wie ist der übliche Ablauf? – Ich habe eine Krankenpflegeausbildung gemacht. Ich musste zwei Jahre arbeiten, bevor ich überhaupt studieren durfte. Was habe ich studiert? – Ich habe Pflegemanagement studiert. Das heißt, ich habe hinterher im Bereich Management gearbeitet und nicht im klinischen Bereich. Das ist eigentlich das, was wir brauchen. Wenn ich mich heute auf eine klinische Professur bewerbe, brauche ich meine Kompetenzen, die ich in der beruflichen Ausbildung und Tätigkeit gebraucht habe, die wird aber überhaupt nicht anerkannt.

Die Frage war, ob man Wege finden kann. Die Wege können wir als Hochschule nicht finden, sondern die Wege können nur aus der Politik, der Senatsverwaltung, kommen, weil im Gesetz ganz klar steht, dass wir eine fünfjährige Berufserfahrung brauchen, wovon drei Jahre außerhalb der Hochschule sind. Da wird bislang die Erfahrung als Pflegekraft, die ja essenziell für diese Ausbildung ist, überhaupt nicht anerkannt. Deswegen fordern wir, dass wir hier mindestens ein Jahr Berufstätigkeit im Pflegeberuf anerkennen können, weil – noch einmal – wir keine Primärqualifizierung haben. Die Menschen, die heute professoral berufen werden, haben entweder Wissenschaft, Pädagogik oder Management studiert, aber keine klinische Pflege-

ge. Die Tätigkeit nach dem Studium hat primär nichts mit dem klinischen Bereich zu tun, den sie unterrichten. Von daher brauchen wir vor allem die klinische Expertise.

Die zweite Frage von Herrn Förster war, ob wir Menschen verlieren, wenn wir den Beruf akademisieren. Nein, verlieren wir nicht! Wir müssen nämlich das Modell des lebenslangen Lernens auch im Pflegeberuf endlich anwenden. Wir brauchen die vertikale Weiterqualifizierung von einer einfachen Pflegetätigkeit bis hin zum Masterniveau, so wie es der International Council of Nursing vorsieht, dass sich Menschen, die eine bestimmte Erfahrung im Beruf haben, immer weiter auf fünf Stufen bis hin zur Promotion qualifizieren können. Das ist etwas, was vielen – was ich auch so rückgespiegelt bekomme – Pflegehelfern helfen würde. Die haben zehn Jahre Berufserfahrung, die würden sich gerne weiterqualifizieren, trauen sich aber nicht. Wir müssen da hinkommen, dass wir darüber unsere Expertise aufbauen. Ich glaube, dass wir mit der vertikalen Weiterqualifizierung im Pflegeberuf eine ganz große Chance haben, so wie es das Pflegeberufegesetz zumindest für die dreijährig Ausgebildeten vorsieht. In § 38 Absatz 5 PflBG steht, dass eine berufliche Ausbildung als adäquat auf das Studium angerechnet werden soll. Wir haben im Grundsatz diesen Weg schon beschritten.

Der nächste Punkt geht um die staatlichen Prüfungen. Die staatlichen Prüfungen sind sehr detailliert im Pflegeberufegesetz und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vorgeschrieben. Problematisch sind gar nicht die mündlichen und schriftlichen Prüfungen. Das sind vom Umfang her normale Modulabschlussprüfungen. Problematisch ist der Umfang der staatlichen praktischen Prüfung, weil das gerade für uns als kleine SAGE-Hochschule, die keine Anbindung an eine Pflegeinstitution hat, mit extremen Aufwendungen verbunden ist, um dorthin zu kommen und das Ganze zu organisieren. Das ist etwas, was bislang in keinem Deputat abgegolten wird. Die Lehrenden oder Prüfenden erbringen das ehrenamtlich. Es gibt Möglichkeiten, dass man besondere Prüfungsleistungen sicherlich im Deputat als Sonderdeputatsleistung abrechnen kann. Das ist etwas, was zu fordern ist.

Herr Förster! Sie fragen, was das Land Berlin tun kann. Das Land Berlin kann sicherlich sehr viel im Bereich einer Imagekampagne tun. Das ist etwas, was wir drei Hochschulen von Anfang gefordert haben, dass wir das Pflegestudium viel stärker beworben haben wollen. Das ist etwas, was in der Bevölkerung noch weitgehend unbekannt ist. Wir kommen gerade von verschiedenen Kongressen, wo das Studium völlig unbekannt war. Frau Wohlketter haben wir letztes Jahr auf der JOBMEDI in Berlin kennengelernt und sie über das Studium aufgeklärt. Das ist etwas, was in der breiten Bevölkerung noch unbekannt ist. Es wird vielfach und zu Recht Werbung gemacht, um den Pflegeberuf mit einer Imagekampagne zu bewerben, aber gerne auch das Studium.

Ein weiterer Punkt ist – was ich gerade gesagt habe –, dass wir bei den Zeiten außerhalb der Hochschule auch die Berufszeiten im Pflegeberuf anerkennen. Das ist etwas, was uns das Leben erleichtern würde. Das Zweite, was ich in Vorstellungsgesprächen immer wieder erfahre, ist, dass die Lehre im Skills Lab, die vom Umfang nicht unerheblich ist, tatsächlich mit einem Anrechnungsfaktor von 0,5 versehen ist. Die Lehrenden bekommen nur die Hälfte der Arbeitszeit bezahlt. Ich weiß nicht, wie ich vermitteln soll, warum jemand zu uns kommen sollte. Das wäre etwas, wo man auf jeden Fall drüber nachdenken sollte.

Der Punkt, Nebenjobs als Praktika anzuerkennen: Diese Bestrebungen gibt es durchaus. Es gibt Gespräche mit den Institutionen. Es gibt auch Institutionen, die wollen Stipendien geben,

aber die wollen etwas dafür haben. Die Stipendien, die die Einrichtungen geben, werden nicht refinanziert. Das heißt, die wollen hinterher eine Bindungsfrist für die Stipendiatinnen und Stipendiaten haben. Das ist etwas, was bei den Studierenden erst einmal auf Ablehnung stößt. Sie sind junge Menschen, sie wissen nicht, ob ihr Lebensmittelpunkt in Berlin bleibt, und ob die Einrichtung tatsächlich die Einrichtung ist, wo sie bleiben wollen. Das führt dazu, dass die Stipendien gar nicht so sehr nachgefragt sind, wenn sie mit einer Bindungsfrist verbunden sind. Hier wäre die Unterstützung zu fordern.

Der nächste Punkt, den ich mir aufgeschrieben habe, sind die Praxiszeiten. Ja, die sind im Gesetz vorgeschrieben. Darum kommen wir nicht herum; die müssen wir erbringen. Sie haben recht. 2 300 Pflichtstunden innerhalb von 3,5 Jahren sind über ein Jahr in der Berufspraxis, die die Menschen am Wochenende, im Nachtdienst, im Früh- und Spätdienst verbringen. Das ist das reale Leben einer Pflegefachkraft, und dann nebenbei noch zu arbeiten, ist schwer vermittelbar. Da braucht es dringend Lösungen.

Ich komme noch einmal auf das Skills Lab zurück. Die Relation ist international eine Lehrende Person auf fünf bis acht Studierende. Das ist etwas, wovon wir ein Stück weit weg sind. Wir dürfen 1 : 10 machen, mit einem Anrechnungsfaktor von 0,5 und 1 : 20 mit einem Anrechnungsfaktor 1. Das ist das, was in der KapVO hinterlegt ist. Das ist aber nicht vermittelbar. Stellen Sie sich vor: Sie haben 20 Studierende um zwei Betten verteilt und sollen da eine Anleitungssituation nachempfinden. Das funktioniert so nicht. Die Kosten dazu – ich bin kein Ökonom – müsste man einmal in der Hochschulverwaltung durchspielen lassen, aber der Mehrwert, dass wir motivierte Lehrende und eine qualifizierte Lehre haben, ist dem nicht schlechter gestellt.

Welche Tätigkeiten hinterher? – Bisher gibt es nur Absolventinnen und Absolventen aus dualen Studiengängen. Aus primärqualifizierenden Studiengängen gibt es noch keine Absolventinnen und Absolventen. Meine Kollegin Kuhlmeier hat es vorhin schon gesagt: Wir brauchen ein Rollenbild, wir brauchen eine qualifizierte Tätigkeitsbeschreibung, es gibt aber bundesweit noch keine Absolventinnen und Absolventen von primärqualifizierenden Studiengängen. Deswegen ist es auch eine große Chance, dass wir das jetzt aufbauen, bevor sich irgendwelche Mechanismen etabliert haben.

Heilkundeübertragung: Ich denke, da sind wir uns als Hochschulen einig, dass das etwas ist, was für die Pflegestudierenden tatsächlich interessant ist. Wir müssen natürlich schauen, dass wir das nicht im Bachelorstudium zu weit unterbringen, weil das Bachelorstudium einfach voll ist. Das ist das, was wir in den letzten 1,5 Stunden besprochen haben. Wir müssen schauen, dass wir in der Weiterqualifizierung, sprich auf Masterniveau, über Heilkundeübertragung bzw. auch über sonstige außercurriculare Leistungen reden. – Damit habe ich alle Fragen, die an mich gerichtet waren, abgeklärt. Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Danke schön! – Frau Prof. Dr. Kuhlmeier hat jetzt das Wort.

**Dr. Adelheid Kuhlmeier** (Charité – Universitätsmedizin Berlin): Herr Gräske hat dankenswerterweise Ihre Fragen schon ziemlich umfangreich beantwortet; ich will vielleicht an wenigen Stellen ergänzen. Noch einmal zu den Berufsbildern und Aufgabenfeldern, um auf Ihre Fragen zurückzukommen: Ja, ich denke, wir brauchen Rollenmodelle. Die gibt es teilweise auch. An vielen Kliniken werden Rollenmodelle für Absolventinnen und Absolventen, die

akademisiert sind, erprobt, beispielsweise im Entlassmanagement, pflegerisch präventive Aufgaben. Wichtig ist das, was schon Herr Weidner sagte, dass die Teams mit einem Professions- und Ausbildungsmix besetzt werden. Die Studien zeigen eindeutig, dass die Versorgungsqualität steigt. Zu einem solchen neuen Absolventenbild gehört auch, das gesetzlich fixiert Arbeitsaufgaben in eigener Verantwortung ausgeweitet werden, noch einmal das Stichwort Übertragung heilkundlicher Aufgaben. Es ist nicht einzusehen, warum heute eine Wundversorgung nicht wirklich aus einer pflegerischen Hand heraus von der Rezeptierung bis zur Durchführung der Behandlung gemacht werden kann. Ich denke, das ist Land auf, Land ab viel diskutiert. Da kann ich das Wort, was heute schon fiel: Bitte jetzt einfach machen –, aufgreifen.

Die Diskussionen zu den Berufsbildern laufen in der Pflege selbst ganz fehl, wenn es heißt: Ach, ihr schickt uns dann die Anfang 20-jährigen Absolventinnen und Absolventen, und die sollen Leitungsfunktionen übernehmen. – Nein, die sollen keine Leitungsfunktionen übernehmen. Die sollen zurück ans Bett zu den Patientinnen und Patienten, da ihre hochqualifizierten Aufgaben übernehmen und für neuen Wind in der Pflege sorgen. Wie gesagt, es gibt auch schon sehr gute Modelle, aber da sind wir wieder das Land der Modelle. Das muss in die Fläche, wo solche Absolventinnen und Absolventen auch einen Mehrwert für die pflegerische Qualitätsentwicklung von Patientinnen und Patienten leisten können.

Noch ein Wort dazu: Wir müssen uns auch davon lösen, dass wir diese Studierenden ausschließlich für den klinischen Bereich ausbilden. Wir brauchen diese hochqualifizierten Pflegekräfte beispielsweise in der pflegerischen Langzeitversorgung, sowohl ambulant als auch stationär, und da ist, wie wir alle wissen, kein Arzt in der Nähe, anders als im klinischen Bereich. Dafür brauchen wir diese Personen, dass sich diese pflegerischen Bereiche auch endlich innovativ entwickeln. Ich nenne jetzt noch eine Zahl als Gerontologin: Auf uns kommen 13 Millionen Babyboomer zu, eine Generation, die zwischen 1955 und 1965 in Deutschland geboren wurde. Die brauchen Pflege, und zwar zwischen 2035 und 2050, und wenn nicht alles zusammenbrechen soll, dann fangen wir schleunigst damit an, dass diese hochqualifizierte Pflege in den Job kommt und diese Aufgaben den Babyboomern gegenüber übernimmt, eine Zahl von vielleicht 8 Millionen Menschen, die fast bis zum 100. Lebensjahr hochaltern werden. Wir schaffen das ohne diesen Qualitätsschub nicht. Ihre Frage ist berechtigt, wie wir diesen Qualitätsschub erreichen. Ich kann nur sagen, mit dem Aufbau und dem Ausbau der Pflegestudiengänge und einem wirklich ernst gemeinten Qualifikationsschub in der Pflege. Alles andere ist heute gesagt worden, welche Schritte wir gehen müssen, um die jungen Menschen zu halten. Jeder Studiengang ist eine Konkurrenz für uns dagegen, aber wir müssen gute Studienbedingungen bieten. Was wir den Studierenden bieten, ist ein international anerkannter Berufsabschluss plus eine akademische Ausbildung. Das müssen Sie erst einmal mit anderen Studiengängen erreichen. Das ist eigentlich eine Topqualifikation, um im Leben weiterzumachen.

Weitermachen ist mein Stichwort. Was kann das Land Berlin tun? – Erstens: Uns wirklich noch so ein bisschen Welpenschutz geben. Ich glaube, wir liegen noch nicht einmal bei 50 Prozent Auslastung, wenn wir unsere drei Hochschulen nehmen. Wir schaffen es gerade an der Charité mit 60 Prozent. Johannes Gräske hat vorhin gesagt: 10 Studierende. Bitte noch ein bisschen Zeit lassen, dass wir gemeinsam daran arbeiten können, dass die Studienplätze ausgefüllt werden, und die herzliche Bitte, es ist schon reichlich spät: Wir brauchen diesen Masterstudiengang. Johannes Gräske hat andere Dinge genannt, warum wir unsere akademischen Plätze, also unsere Professuren, aber auch die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir für die Studiengänge brauchen und für die wissenschaftliche Weiterqualifikation der Pflege, nicht besetzen können. Da muss man sich an die eigene Nase fassen, weil wir es 20 Jahre versäumt haben, akademischen Nachwuchs zu qualifizieren. Wenn wir jetzt den Master für unsere Absolventen im Bachelor nicht bekommen, entsteht da wieder eine Lücke, und wir brauchen diesen Master für hochqualifizierte Einsätze in der Praxis. Wir brauchen ihn aber auch, um überhaupt den eigenen wissenschaftlichen und Hochschullehrernachwuchs zu haben und zu bekommen. Vielleicht so viel zur Ergänzung.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Dann haben wir Herrn Prof. Dr. Weidner.

**Dr. Frank Weidner** (Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung Köln) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Fragen und auch diese sehr lebhaft und gute Debatte! – Ich will kurz vorweschicken: Ich bin selbst auch Gesundheits- und Krankenpfleger und beschäftige mich mit der Thematik seit 30 Jahren. Seit 25 Jahren bin ich Hochschullehrer und habe heute einige interessante Argumente gehört. Einige höre ich allerdings schon sehr lange. Ich versuche jetzt, einiges aufzugreifen. Ich will vorweg einfach noch einmal meinen Respekt den Kolleginnen und Kollegen und auch den Studierenden zollen, die sich auf diese verhältnismäßig strukturproblematische Situation eingelassen haben, die Ersten zu sein, Studiengänge für die Pflege, und zwar primärqualifizierende, umzusetzen. Das ist sehr wichtig. Wir haben es heute gehört. Damit fangen aber genau die Probleme an bzw. werden sichtbar, und darauf zielten auch einige Fragen ab, die ich versuche zu beantworten.

Herr Schulze hat gefragt: Wo steht denn nun Berlin? – Ich bin gerade nicht in Berlin. Ich schaue von außen drauf. Grundsätzlich ist Berlin mit seinen Einrichtungen – die Charité, die Alice-Salomon-Hochschule, die Evangelische Hochschule Berlin, aber auch die beruflichen Einrichtungen wie Wannseeschule, Vivantes – bekannt und viel unterwegs. Allerdings ist in den Studien, die ich erwähnt habe – einerseits die HQG-Plus-Studie, ich erwähne sie noch einmal, weil sie noch nicht so ganz bekannt ist, andererseits auch die BIBB-Studie –, nicht zu erkennen, dass Berlin besonders herausfällt. Berlin hat aufgrund dieses bundeseinheitlichen Strukturproblems der desolaten finanziellen Situation im Grunde genommen eine ähnliche Situation wie andere Bundesländer auch und hat sich an den Studien beteiligt. Wir haben also Daten vorliegen. Insofern ist es richtig, dass jedes Bundesland überlegt, was es noch an Schippe drauflegen kann, um hier vorbeizukommen. Wir haben aufgehört, auch von der Kollegin Kuhlmeier, dass wir bereits eine ganze Kaskade von Problemen in der Frage der akademischen Qualifizierung in den Pflegeberufen vor uns hertragen oder mit uns herumschleppen. Tatsächlich kann ich das bestätigen. Ich habe den ersten Community Health Nursing Studiengang mit Förderung der Robert-Bosch-Stiftung in der Nähe von Koblenz, in Vallendar, umgesetzt. Da kann ich sagen: Die Studienplätze werden nicht voll. Warum? – Weil es inzwischen an genügend Bachelorqualifizierten fehlt. So ist genau dieses Bild des Rückwärtsgangs zu belegen. Ich stecke da mittendrin, und ich sage Ihnen, das ist so, und wenn wir in den Vorwärtsgang kommen wollen, das habe ich heute gehört, müssen alle eine Schippe drauflegen.

Was muss getan werden? Das war die Frage von Herrn Förster. Zu Griechenland sage ich gleich auch noch etwas. – Die Länder haben es in der Hand, denn die Wissenschaft ist Ländersache – wir sind jetzt auf dem Feld der Wissenschaft. Da waren wir vorher nicht so stark in der Pflege vertreten. Jetzt sind wir mit der hochschulischen Ausbildung da, und deswegen ist das eine Länderangelegenheit, entsprechend Infrastrukturen anzudenken und mitzuentwickeln und den Bund nicht aus der Verantwortung zu lassen, weil wir ein bundeseinheitliches Gesetz dafür haben. An dieser Stelle verweise ich noch einmal auf die HQG-Plus-Studie, die wir für den Wissenschaftsrat erstellt haben. Da hat es eine begleitende Arbeitsgruppe gegeben, die Empfehlungen entwickelt hat. Sie wissen, Empfehlungen des Wissenschaftsrats wiegen eigentlich schwerer als der reine Studienbericht. Da ist es doch wirklich ein Appell an die Länder, auch ausdrücklich an Berlin, sich dort die Empfehlungen, die im Entwurf vorliegen, aber nicht verabschiedet worden sind, anzuschauen, denn der Wissenschaftsrat hat sehr umfassend eben nicht nur die Frage der Akademisierung der Gesundheitsberufe betrachtet, sondern in dem Zusammenhang auch die Frage der Nachwuchsqualifizierung, der Forschungsinfrastrukturen – die sind in Deutschland auch nicht in der Pflege besonders nennenswert – bis hin in die Versorgungseinrichtungen. Hier kann das Land Berlin was tun und sich damit intensiv



auseinandersetzen. Meines Wissens sind die Diskussionen zwischen Wissenschaftsrat und den Ländern noch nicht beendet, aber der Datenbericht ist momentan ohne Empfehlung veröffentlicht worden. Da kann Berlin richtig etwas tun.

Kurz zum Stichwort Griechenland: Ich kenne das. Seit vielen Jahren wird immer gefragt: Was ist mit Griechenland? Was ist mit Luxemburg? Was ist mit Österreich? – Da muss man natürlich hinschauen, das ist richtig. Ich kann nur sagen, dass all die genannten Länder – außer Luxemburg übrigens –, Großbritannien, vor allen Dingen auch die skandinavischen Länder, Nordamerika, aber auch Australien und Neuseeland, die asiatischen Länder, Südkorea, und auch die osteuropäischen Länder, inzwischen eine Tradition in der Akademisierung der Pflege haben. Das heißt, das läuft seit Jahrzehnten – mit Holland, Frankreich. Sie können im Grunde hingucken, wo Sie wollen. Das heißt, sie ergänzen andere berufliche Qualifizierungssysteme mit Akademisierung und machen damit genau die guten Erfahrungen, auf die auch Frau Kollegin Kuhlmei hingewiesen hat, wo die Studien sagen: Ohne Wissenschaftsfundierung, und zwar direkt am Patienten, verlieren wir an Qualität in der Versorgung. Das ist der zentrale Punkt.

Tatsächlich ist die berufliche Ausbildung in der Pflege keine schlechte. Das will ich auf keinen Fall sagen. Wie gesagt, ich bin selbst auch aktiv in dem Feld, aber wir schauen doch auf das gesamte Spektrum. Das ist mir jetzt ganz wichtig. Da erwähne ich noch einmal die Studie 360 Grad der Robert-Bosch-Stiftung, weil sie das gesamte Spektrum der beruflichen Qualifizierung von der Assistenz über die berufliche Ausbildung über die Bachelorqualifizierung bis hin zur Masterqualifizierung in der Praxis betrachtet hat. Es macht überhaupt keinen Sinn zu sagen: Wir haben eine gute berufliche Ausbildung, deswegen brauchen wir keine akademische oder umgekehrt. – Das Spektrum macht es aus. Qualifikationsmix ist das Stichwort für die Zukunft, und das geht nicht mehr ohne Akademisierung. Da können Sie hinschauen, wohin Sie wollen. Ich empfehle den Blick nach Skandinavien oder Großbritannien. Wir haben auch aus Griechenland, Italien und Spanien akademisierte Kräfte nach Deutschland geholt. Das ist an einigen Punkten gelungen, an anderen Punkten ist es gescheitert, die jetzt vielleicht etwas weit wegführen würden. Kurzum: Da finden Sie auch das Thema der Rollenbeschreibung. Die ist mir sehr wichtig. Deswegen habe ich dieses Programm 360 Grad auch mit sehr viel Interesse begleitet. Wir haben genau das, was gesagt wurde, was Herr Gräske und Frau Kuhlmei gesagt haben, in der Praxis gesehen. Die Rollenbeschreibungen sind da. Das muss sich in den Teams finden. Es gibt auch Erwartungen. Es gibt auch Vorbehalte. Das können Sie alles lösen. Wir haben alles parat, Sie müssen es nur machen, wie wir es gehört haben. Schauen Sie sich diese Berichte an. Wir haben sowohl Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen als auch ambulante Einrichtungen dabeigehabt, und Sie finden Rollenbeschreibungen.

Ich möchte nur noch auf eines hinweisen – die Frage oder der Hinweis kam, glaube ich, von Herrn Förster –: Das kenne ich auch schon sehr lange. Was machen die denn nun anders? – Bitte verabschieden Sie sich davon, dass Bachelorabsolventen alles anders machen. Die machen nicht alles anders, aber es ist davon auszugehen, dass sie sehr vieles anders begründen können, weil sie wissenschaftlich rangehen. Das kann man von Berufsqualifizierten in dieser Form nicht erwarten. Das heißt, Sie sehen das in der Praxis nicht auf den ersten Blick, ob das jetzt ganz anders ist, aber glauben Sie mir, die Studien sind eindeutig. Die Qualität wird besser.

Ein Letztes, und dann komme ich auch zum Schluss: In diesem Programm 360 Grad haben wir zwei akademische Profile, die sich herausgebildet haben, die jetzt in den Einrichtungen deutlich verbreitet werden, und zwar ein bachelorqualifiziertes, das insbesondere Fachfragen, fest integriert auf Stationen, in Wohnbereichen in Teams, beantwortet und damit Patienten bei schwierigen Konstellationen und Situationen berät, Studienergebnisse heranholt und auch Kolleginnen und Kollegen berät. Die Masterabsolventen arbeiten als Expertinnen und Experten meistens für Abteilungsebenen oder in der Altenhilfe in den Einrichtungen und stehen mit Spezialfragen konsiliarisch zur Verfügung. Das hat sich sehr bewährt. Ärzte haben davon auch sehr viel Gebrauch gemacht. Schauen Sie sich die Berichte an. Schauen Sie sich auch die Anlagen an. Sie finden alles. Ich kann nur die Kollegin Kuhlmei unterstützen. Es muss jetzt angefangen werden. Übrigens: Auch die Zahlen, die ich erwähnt habe, finden Sie darin. Das sind die besagten etwa 10, 15 Prozent Teilakademisierung, die wir für den Qualifikationsmix bundesweit brauchen. Sie können die Zahlen auf Berlin herunterbrechen. Sie haben alles beieinander. Ich wünsche dem Abgeordnetenhaus und Berlin einen guten Weg und guten Erfolg, auch den Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen, das im Land anzugehen und entsprechend die Initiativen auf Bundesebene voranzubringen. – Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Jetzt hat sich der Senat gemeldet.

**Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG):** Vielen Dank! – Frau Prof. Kuhlmei! Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie noch einmal so eindrücklich und anschaulich gesagt haben, wo genau wir diese Pflegestudierenden brauchen. Das ist so wichtig, dass das auch bei uns ein Bild im Kopf erzeugt, wo wir sehen können: Ja, genau das ist das, was wir brauchen. Vielen Dank dafür! Da bin ich ganz bei Ihnen.

Wir haben jetzt viele vereinzelte Forderungen gehört, die auch durchaus diskussionswürdig, berechtigt und anzuschauen sind, curriculare Forderungen, den Anteil an der Ausbildung im Skills Lab – das ist auch ein Thema und heute nicht so ausdrücklich genannt worden, aber auch da ist eine Frage: Kann man das erhöhen? Ist es sinnvoll, den Anteil zu erhöhen? –, Anrechnungsfaktoren, Anerkennung von Berufstätigkeit für die Lehrenden. Das sind alles Fragen, die wir gerne mit Ihnen besprechen und diskutieren, gerne auch bereits morgen. Sie wissen, da ist der nächste Austausch. Das hat Herr Wodrich schon gesagt. Das machen wir gerne.

Stichwort Welpenschutz: Ja, wir sehen das ganz genauso. Ich hoffe, Sie empfinden es auch so. Wir üben hier auch keinen Druck aus. Das wollen wir auch nicht. Wir wissen ganz genau, dass das auch eine Entwicklungszeit braucht. Deshalb sehen wir die Zahlen zwar mit Sorge, aber nicht so, dass wir sagen, ihr müsst jetzt aber, und Druck machen. Sie haben die Auslastungszahlen dankenswerterweise genannt, weil das auch eine Frage an uns war. Ich glaube, das ist damit beantwortet.

Zur Refinanzierung der Praxisanleitung: Der Bundesgesundheitsminister hat ausdrücklich gesagt, dass er das auch lösen wird. Dass das klargestellt ist: Hier braucht es keine Initiative vom Land, sondern, wenn eine Regelung vom Bund kommt, dann umfasst die auch die Refinanzierung der Praxisanleitung, und das ist auch sehr wichtig.

Frau Abgeordnete König hat nach einem Landesprogramm zur Finanzierung gefragt. – Ja, wir schauen uns das sehr sorgfältig an, aber es ist, weil es anders als in anderen Bereichen systemfremd wäre, wirklich komplex, und es braucht einen gewissen Vorlauf. Wir müssen schauen,

dass wir da nicht in eine Verletzung von Gleichheitsgrundsätzen kommen, denn dann kommen wir gerade wieder beim Medizinstudium an. So einfach über das Knie gebrochen kriegen wir das nicht hin, aber selbstverständlich schauen wir uns auch das an. Meine Hoffnung wäre allerdings, dass im ersten Quartal 2023 tatsächlich eine Lösung kommt, die uns dann davon befreit, eigene Landesregelungen zu finden.

Ich hatte in der letzten Woche auch ein Gespräch mit dem DBFK, wo ganz ähnliche Themen angesprochen wurden, auch mit einer Pflegestudierenden, was mich sehr gefreut hat, die für die junge Pflege gesprochen hat. Da war auch der Punkt Kampagne. Ja, wir haben das schon in unsere Neuauflage aufgenommen, aber vielleicht noch nicht prominent genug. Wir haben auch gehört, dass wir nach wie vor die Ausbildung brauchen. Das ist ganz klar, aber selbstverständlich können und müssen wir auch für das Pflegestudium weiter werben.

Zuletzt noch von meiner Seite zum Masterstudiengang: Das finde ich richtig und wichtig. Was ich besonders gut finde, und da möchte ich Sie ausdrücklich loben, ist, dass Sie das gemeinsam angehen als die drei Hochschulen, die das tun. Das ist wirklich richtig gut, und das unterstützen wir ausdrücklich. Wir sind auch schon in ersten Gespräche und in der Vorprüfung mit der Charité und mit Ihnen dazu. Das führen wir fort. – Ich würde jetzt Herrn Wodrich bitten, zu der konkreten Frage ganz am Anfang von Tobias Schulze oder von Frau Suka – ich weiß es nicht mehr ganz genau – zu sagen, wie der aktuelle Sachstand bei der KMK ist.

**Axel Wodrich (SenWGPG):** Vielen Dank! – Es ist so, dass die 16 Länder über den Sommer Daten erhoben haben, wie die Situation genau aussieht. Was sind die Bedarfe an den Bund, was geregelt werden muss? – Das wird derzeit im KMK-Sekretariat ausgewertet. Zu dem Stichwort Ankündigung der Ankündigung: Wir haben wirklich großen Optimismus, weil das BMG sozusagen auf Fachebene auch schon angekündigt hat, dass das angegangen wird. Nichtsdestotrotz wird das KMK-Sekretariat die Auswertung vornehmen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass es dann eine gemeinsame Initiative geben wird – ich vermute ein Schreiben, aber ich kann den Ergebnissen der Beratung nicht vorgreifen –, und dass man da auch auf den Bund zugehen wird. Da wird sicherlich die Frage des Zeitplanes – das wurde auch schon erwähnt – noch einmal scharfgestellt, also die Sache läuft.

Ich will aber auch nicht verschweigen, dass im Bereich Physiotherapie, wo gerade ein Bundesgesetz neu gemacht wird – das ist Ihnen auch bekannt –, auch sehr viele der knappen Ressourcen gebunden werden. Nichtsdestotrotz ist das, was die KMK im Bereich der akademischen Pflege macht, aus meiner Sicht noch vollkommen im Zeitplan und wird auch weiterhin von uns, von der fachlichen Seite, mit Hochdruck verfolgt. – Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt am Schluss der Anhörung, und ich möchte Ihnen allen ganz herzlich im Namen des Ausschusses danken, dass Sie heute hier waren, für Ihre Zeit, für Ihre Expertise. Ich möchte mich auch noch bei Frau Wohlketter und den Studierenden, die im Raum nebenan sind, bedanken. – Vielen Dank! Der Ausschuss hat Ihren offenen Brief erhalten. Sie haben aus der Diskussion auch mitgenommen, dass das Anliegen sehr ernst genommen wird. – Vielen Dank für Ihren Brief! Ich denke, dass die Abgeordneten weiterhin mit Ihnen in Kontakt bleiben und dass wir im kommenden Quartal hoffentlich zu Verbesserungen kommen werden, was die hochschulische Pflegeausbildung betrifft. – Vielen Dank, dass Sie heute hier waren! Sie dürfen dem Ausschuss weiter folgen, aber Sie können auch Ihrem Tagesgeschäft nachgehen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, denn wir haben einen entsprechenden Antrag vorliegen, der Antrag zu 3 a. Gibt es hier noch Aussprachebedarf? – Das kann ich nicht erkennen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages mit der Drucksachennummer 19/0343 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der Linken, der FDP, der AfD und der CDU-Fraktion, also alle Fraktionen. Dann ist der Antrag so angenommen. Es gibt keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung. Können wir die Besprechung abschließen, oder soll sie bis zum Wortprotokoll vertagt werden? Diese Frage richtet sich an die Koalitionsfraktionen. Können wir abschließen? – Ich sehe Nicken. Dann schließen wir ab.

Wir kommen zu

#### Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0011](#)  
WissForsch  
**Situation und Perspektive der Lehrkräftebildung an den Berliner Universitäten**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0021](#)  
WissForsch  
**Lehrkräfteversorgung für Berlin: Quantität und Qualität der Lehrkräfteausbildung, Ergebnisse der Evaluation und weitere Bedarfe und Perspektiven**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke )

Hierzu: Fortsetzung der Anhörung vom 5. September 2022

Wir hatten die Anhörung bereits am 5. September 2022 begonnen. Frau Dr. Terzer konnte leider nicht anwesend sein, ist aber heute anwesend, und wir haben just auch die HU eingeladen, Herrn Prof. Dr. Stephan Breidbach, der vor Ort ist. – Herzlich willkommen! Ich stelle kurz fest, dass auch Sie mit dem Vorgehen, insbesondere mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen einverstanden sind. – Das ist der Fall. Vielen Dank! Ich gehe auch davon aus, dass wir wieder ein Wortprotokoll anfertigen. – Das ist gewünscht. Vielen Dank! Der Besprechungsbedarf wurde in der Sitzung vom 5. September 2022 bereits begründet. Soll eine zusätzliche Begründung erfolgen? – Das sehe ich nicht. Dann können wir das überspringen.

Wir kommen direkt zur Anhörung. Sie haben die Möglichkeit, ein kurzes Eingangsstatement von ungefähr fünf Minuten zu halten. Danach besteht wieder die Möglichkeit, dass die Abgeordneten ihre Fragen stellen. Sie haben dann die Möglichkeit, im Zusammenhang zu beantworten. Ich würde alphabetisch vorgehen, dass Herr Prof. Dr. Breidbach beginnt und sich dann Frau Dr. Terzer anschließt, wenn das für Sie so in Ordnung ist. – Das ist der Fall. – Dann haben Sie, Herr Prof. Dr. Breidbach, das Wort!

**Dr. Stephan Breidbach (HU):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich danke Ihnen zunächst für die Einladung zur heutigen Anhörung! – Mein Name ist Stephan Breidbach. Ich bin derzeit Direktor der Professional School of Education an der Humboldt-Universität zu Berlin, von Hause aus Professor für Englische Fachdidaktik an dieser Universität und habe zuvor in einem früheren Leben als Gymnasiallehrer in Hamburg Englisch, Politik, Sozialkunde, Geschichte und Darstellendes Spiel unterrichtet. Aus der Einladung zur Anhörung geht hervor, dass sich der Ausschuss, wie im September gerade eingeführt, mit der Situation der Lehrkräftebildung an den Berliner Universitäten befasst, wobei ein Hauptfokus nach meiner Wahrnehmung der gravierende Mangel an ausgebildeten Lehrkräften an Berliner Schulen ist und ein zweiter Fokus die Frage nach der Qualität und den Perspektiven der Lehrkräftebildung betrifft.

Die Lehrkräftebildung hat an der HU wie auch an der FU eine zentrale Bedeutung. Etwa ein Viertel unserer Studierenden ist in einem Lehramtsstudiengang eingeschrieben. Darüber hinaus haben die Lehramtsstudiengänge ein Professionalisierungsziel, das für die Gesellschaft von herausragender Bedeutung ist. Gute Schule, die auch eine Schule ist, die inmitten von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen steht und deren Auswirkungen sie oft mit als Erste in ihrer täglichen Arbeit zu spüren bekommt, ist ohne hervorragend professionalisierte Lehrerinnen und Lehrer nicht möglich, und ich würde auch hinzufügen wollen: Man möchte sie sich ohne diese Lehrerinnen und Lehrer gar nicht vorstellen. Lehrkräftebildung ist also eine so eine zentrale Aufgabe der Universitäten im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und zugleich eines ihrer Aushängeschilder. Daraus ergibt sich, dass man die Lehrkräftebildung und auch insbesondere die Behebung des gegenwärtigen Lehrkräftemangels nicht lediglich quantitativ betrachten kann, wenn man schnell in die Situation gerät, ein erhebliches Qualitätsdefizit zu erzeugen, unter dem letztlich die Qualität von Schule, die Attraktivität des Berufes und in der Folge die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften leidet. Qualität und Quantität bedingen sich in Zeiten des Lehrkräftemangels und des Fachkräftemangels notwendigerweise gegenseitig.

Ich bleibe aber dennoch zunächst bei den Quantitäten. In den Hochschulverträgen 2018 wurde das Ziel von 2 000 Absolvierenden pro Jahr festgeschrieben, wovon 970 auf die HU entfallen. Um die Voraussetzung zu schaffen, dass diese Zahlen erreicht werden können, hat die HU im vergangenen Jahren die mit dem Land vereinbarten Maßnahmen vollständig umgesetzt. Die letzten im Ausbaukonzept vorgesehenen Stellenbesetzungen für die Grundschule beispielsweise erfolgten zum 1. Januar 2019, und auch in den anderen Fächern sind inzwischen die entsprechenden Stellen geschaffen und besetzt worden. Die HU stellt damit die mit der Senatsverwaltung vereinbarte Studienplatzkapazität vollumfänglich zur Verfügung. Gemessen an den aufzunehmenden Studienanfängerinnen und -anfängern erfüllte die HU diese Leistungsziele bereits zum Wintersemester 2018/2019. Dort lag die Anzahl der aufgenommenen Studierenden im grundständigen Studium der Lehrkräftebildung und auch während der gesamten Hochschulvertragslaufzeit teilweise erheblich über den Zielvorgaben.

Um allen Bachelorabsolvierenden den Übergang in den Masterbereich zu ermöglichen, sind Lehramtsstudiengänge bei uns nicht zulassungsbeschränkt, sie sind zulassungsfrei, auch im Quereinstiegsmaster. Alle Studieninteressierten – mit anderen Worten –, die die Zugangsvoraussetzungen erfüllen, können sich einschreiben. Im Jahr 2020 haben wir allerdings nachfragebedingt einen Rückgang der Einschreibungen im Bachelorstudium, insbesondere in der nichtzulassungsbeschränkten Studienangeboten im Bachelor verzeichnet. Demgegenüber

nahm die Einschreibung im Masterstudium, vor allem im Grundschullehramt, deutlich zu. Dieser schon sichtbare sehr gute und sprunghafte Anstieg in der Nachfrage im Masterbereich des Grundschullehramts geht auch darauf zurück, dass wir an der HU mit dem entsprechenden Ausbau bereits 2016 begonnen haben.

Zugleich sehen wir auch einen Rückgang der Abschlüsse im Jahr 2020. Diese führen wir insbesondere auf pandemiebedingte Einschränkungen im Prüfungsgeschehen sowie auf die Ausgleichsmaßnahmen von Land- und Hochschulen zurück, die von den Studierenden in Anspruch genommen wurden. Solche Maßnahmen zielten darauf ab, in einer Notsituation der öffentlichen Gesundheit Studierende im Studium und insbesondere in den Lehramtsstudiengängen zu halten. Trotz dieser Rückgänge bei den Abschlüssen konnten an der HU die Zielwerte für die Masterabschlüsse im Rahmen der leistungsorientierten Hochschulfinanzierung erreicht werden. Anpassungsprozesse, die wir vorgenommen haben, und geänderte Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich der digitalen Durchführung von Lehre und Prüfung erlauben uns aber eine positive Prognose bei den Abschlüssen für 2022 und 2023.

Die Frage, warum die oben genannten Zahlen noch nicht erreicht werden, war bereits im September Gegenstand der Diskussion, und Frau Senatorin Gote hatte insbesondere auf die Zeitläufte hingewiesen, die benötigt werden, um ein Studium mit zehn Semestern der Regelstudienzeit zu durchlaufen. Mit anderen Worten: Es vergehen mindestens fünf Jahre, bis Studierende ihren Abschluss erreichen können. Das heißt, dass selbst in einem idealtypischen Studienverlauf Studienanfängerinnen und -anfänger aus dem Jahr 2018 frühestens mit Ablauf des Sommersemesters 2023 ihren Abschluss erreichen können. Auf die vielfältigen Gründe, warum Studierende die Regelzeit nicht einhalten, kommen wir gegebenenfalls später noch zu sprechen. Man kann aber insgesamt feststellen, dass weder an der HU noch an der FU Abgänge aus den Lehramtsstudiengängen ein relevantes Problem sind, denn sie liegen nicht höher als in anderen Bereichen. Vielmehr liegen sie darunter, oftmals auch deutlich.

Das heißt wiederum aber nicht, dass in der Lehrkräftebildung alles prima wäre und dass es nichts mehr deutlich zu verbessern gäbe. Ich möchte darum gerne noch auf einen weiteren Themenkomplex eingehen, der beim Anhörungstermin im September bereits angeklungen war, und zwar den der Verzahnung von Theorie und Praxis im Studium. Diese Thematik hat eindeutig eine quantitative und eine qualitative Seite, die sich beide miteinander verschränken. Der Ausbau der Lehrkräftebildung ist nur durch erhebliche Kraftanstrengungen möglich gewesen, er belastet auch die Strukturen der Lehrkräftebildung erheblich. Bereits in den stark nachgefragten Fächern, und in den kapazitatativ ausgelasteten sowieso, haben wir eine Belastungsgrenze deutlich erreicht. Hierzu ist vorher bereits das Stichwort Betreuungsengpässe gefallen, vor allem mit dem Blick auf das Praxissemester, aber auch bei Abschlussarbeiten.

Hilft hier mehr Personal? – Die Antwort ist aus meiner Sicht: Jein. In der Lehrkräftebildung hilft mehr wissenschaftliches Personal mit Lehr- und Betreuungsaufgaben immer, gerade weil die Professionalisierung von Lehrerinnen und Lehrern so komplex und betreuungsintensiv ist. Allerdings führt mehr Lehrpersonal aufgrund des aktuellen Kapazitätsrechts in der Regel zu einer gleichzeitigen Zunahme von Studienplätzen. Weiteres Personal würde daher nicht automatisch zu einer besseren Betreuungsrelation führen, weil die Relation gleich und im Zweifel auch gleich schlecht bleibt.

Was hilft, ist Personal zur Verbesserung der Qualität des Studiums. Hier wäre es wünschenswert, wenn entsprechende Daueraufgaben, wie zum Beispiel das Qualitätsmanagement, die Mentoringqualifikation, Tutorien, Querschnittsaufgaben, über den Grundhaushalt, das heißt langfristig, finanziert werden können. Die verschiedenen Sonderprogramme, die ergriffen und aufgelegt worden sind, zeigen an, dass in der Lehrkräftebildung Handlungsbedarf besteht und dass das erkannt worden ist. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wenn die Mittel jedoch befristet zur Verfügung stehen, macht es das schwer, Aufgabenbereiche langfristig zu entwickeln und auch das Personal zu halten.

Wir würden an der HU gerne die etablierten Strukturen stärken, etwa die Professional School of Education als den zentralen Ort, an dem Querschnittsaufgaben in Forschung und Lehre bearbeitet werden und die allen Lehramtsstudiengängen zugänglich sind. Wir hatten dazu ein Konzept vorgelegt, wie wir die drei Sonderprogrammprofessuren, die an der PSE ausgelobt waren, gerne verankern können würden. Leider können wir uns dazu nicht mit der Senatsverwaltung auf dieses Strukturmodell verständigen.

Am Beispiel des Praxissemesters lässt sich ein weiteres Problem verdeutlichen. Das Praxissemester steht in Berlin inzwischen paradigmatisch für den Versuch, eine Klammer zwischen Theorie und Praxis zu schaffen. Hier beschäftigt uns an den Universitäten derzeit die Novelle der Lehrverpflichtungsverordnung – LVVO – mit Blick auf die Anrechenbarkeit der Praktikumsbetreuung durch Universitätsdozierende insbesondere. Das Praxissemester ist 2014 eingeführt worden und mit ihm zugleich ein gut durchdachtes und, ich denke, auch angemessen anspruchsvolles Lernbegleitungskonzept, in dem das Dreieck zwischen Schule und Universität, Schule und zweiter Phase – also dem Referendariat – und zwischen Universität und zweiter Phase hergestellt wurde. Dieses Konzept bildet genau die Vor-, Rück- und Querbezüge ab, die eine mehrphasig gedachte Lehrkräftebildung unbedingt braucht. Ein Kernbestandteil dieses Konzeptes stellen die Besuche von Universitätslehrenden an den Schulen dar, bei denen die Unterrichtsversuche der Studierenden fachdidaktisch betreut und ausgewertet werden.

In der jüngst verabschiedeten Rahmenvereinbarung für die schulpraktischen Studien sind daher ein bis zwei Besuche durch Universitätsdozierende vorgesehen. Ich halte es für unstrittig, dass die Besuche von den Unidozierenden in diesem Konzept elementar sind, zum einen, um die Verbindung zu den Mentorinnen und Mentoren zu halten, die täglich mit der Begleitung der Studierenden in der Schule betraut sind, zum anderen aber auch, um die Qualität des Praxissemesters an sich zu sichern. Sinkt diese Qualität, sinkt die Akzeptanz, nicht nur des Praxissemesters, sondern auch des Masterstudiums an sich, und es steigt die Bereitschaft zu Ausweichbewegungen, zum Beispiel in bezahlte Nebentätigkeiten an Schulen mit dem häufigen Effekt, dass nicht hilfreiche Unterrichtsweisen verfestigt und neue nicht entwickelt und nicht eingeübt werden können. Das belastet die Unterrichtsqualität langfristig, von gerade der aber in Berlin so viel abhängt in Sachen Bildungsgerechtigkeit und dem Erreichen von Mindeststandards. Ich halte es darum auch für unstrittig, dass die aufwendige Vor-Ort-Tätigkeit der Unilehrenden eine Anrechnung auf ihr Lehrdeputat rechtfertigt.

Die vorgeschlagene Änderung der LVVO schlägt allerdings einen anderen Weg ein, den ich aus Sicht der universitären Lehrkräftebildung für problematisch halte, denn die Möglichkeit zur Anrechnung von Unterrichtsbesuchen sieht der gegenwärtige Änderungsentwurf nur für Lehrende mit einem sehr hohen Lehrdeputat vor, für alle anderen nicht. Zudem ist die Anrechenbarkeit auf zwei Lehrveranstaltungsstunden pro Person gedeckelt. Aus der Sache, um die es geht, ist das überhaupt nicht zu begründen. Die Betreuung des Praxissemesters durch die Unis, die in den großen Fächern heute schon auf die Mitarbeit des gesamten fachdidaktischen Personals angewiesen ist, wäre damit schlichtweg nicht mehr zu leisten.

Es steht aus meiner Sicht auch dem Ziel der Theorie-Praxis-Verzahnung entgegen, angehende Lehrerinnen und Lehrer in einen reflektierten Austausch von Theorie und Praxis zu professionalisieren, und es kann auch das Ziel, weitere Lehrkapazität zu schaffen, aus meiner Sicht hier nicht hinreichend für triftig gehalten werden. Ich halte es darum für erforderlich, dass in der LVVO zum einen die Beschränkungen der Anrechenbarkeit auf sogenannte Hochdeputatsstellen entfällt und auf die Deckelung von nur zwei LVS verzichtet wird. Aus meiner Sicht kommt noch hinzu, dass eine seriöse, und das heißt hier qualitätssichernde, Berechnung der Praktikumsbetreuung außerdem beinhalten würde, dass der Anrechnungsfaktor in der KapVO angepasst wird, und zwar von gegenwärtig 0,5 auf 1,0. Ich mache mich an dieser Stelle darum besonders für ein gutes, und das heißt multiperspektivisch betreutes, Praxissemester stark, weil gerade hier für Studierende Theorie als Praxis erfahrbar wird.

Es soll im Praxissemester ja gerade angebahnt, eingeübt und in den Universitäten wiederum zu einer Grundhaltung fortentwickelt werden, dass die Studierenden nicht nur auf die Oberflächenphänomene von Unterricht schauen: Machen alle mit? Sind alle leise? Hat am Ende wenigstens einer die richtige Antwort gegeben? –, sondern hinter die entsprechenden Routinen gucken und auf das, was dahinter liegt, nämlich das engagierte Lernen, die sogenannte kognitive und affektive Aktivierung der Lernenden. Dafür, um diese Haltung zu entwickeln, ist das Zusammenspiel von Universitäten, Schule und dritter Phase vor Ort nötig. Wir laufen sonst Gefahr, das immer Gleiche im Unterricht zu wiederholen und es, dann allerdings irrtümlich, für gute Praxis zu halten.

Ich ende an dieser Stelle, wenn ich auch gerne noch einen Blick mit Ihnen auf Möglichkeiten der Qualitätsentwicklung in der Lehrerbildung werfen möchte. Aber das können wir gerne



auch gleich im Gespräch tun. Erst einmal vielen Dank an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Dann hätten Sie das Wort, Frau Dr. Terzer!

**Dr. Eva Terzer (FU Berlin):** Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank, dass ich hier heute eingeladen bin und einen Einblick in die Lehrkräftebildung an der FU geben darf. Dazu hatte sich Herr Ziegler ja vor wenigen Wochen schon in der „Abendschau“ positioniert und gesagt, die Lehrkräftebildung sei für die FU von zentraler Bedeutung und hoher Priorität. So nehme ich das bei uns tatsächlich wahr. Dazu teile ich seine Einschätzung absolut.

Das merkt man aus meiner Sicht daran, dass wir sehr viel dafür tun. Aktuell studieren an der FU ungefähr 7 000 Studierende mit dem Abschlussziel Lehramt. Das sind 21 Prozent der Studierenden, die insgesamt an der FU unterwegs sind; etwas weniger als an der HU, aber immer noch eine sehr große Zahl. Wir sehen auch, dass diese Zahl deutlich steigt. Zum Beispiel lag die Zahl 2017/2018 noch bei knapp 14 Prozent. Das heißt, die Zahlen bewegen sich genau in die richtige Richtung. Wir sehen, dass wir im Bachelor jetzt schon bei 26 Prozent sind.

Was uns ein bisschen – auch zunehmend – Sorge macht, ist, dass die Nachfrage nach unseren Studienplätzen sehr unterschiedlich groß ist. In vielen Fächern, zum Beispiel vor allem im MINT-Bereich – das ist ja schon fast traditionell –, sind die Bewerbungen schon immer niedrig gewesen, gehen vor allem für das Lehramt an ISS/Gymnasien auch in den letzten Jahren zurück. Was aus unserer Sicht auch problematisch ist: Wir sehen im Grundschullehramt, dass die Bewerbungen sich auf die Kombination mit Sonderpädagogik verlagern, also Sonderpädagogik, in der Regel Deutsch und dann noch ein drittes Fach, Englisch oder Sachunterricht.

Was wir auch sehen, ist, dass die Lehramtsstudierenden im Schnitt deutlich schneller studieren als Studierende, die in anderen Studiengängen an der FU eingeschrieben sind. Die aktuelle durchschnittliche Studiendauer der Absolventinnen und Absolventen im Lehramt liegt bei 6,9 Semestern für den Bachelor und 5,7 Semestern für den Master. Das heißt, das sind insgesamt knapp 6,5 Jahre, bis die Absolventinnen und Absolventen das Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Damit ist auch direkt klar: Wir liegen über der Regelstudienzeit von fünf Jahren, die Stephan Breidbach auch angeführt hatte. Wir schauen uns auch sehr genau an, wo die Verzögerungen eigentlich herkommen, weil wir ein sehr großes Interesse daran haben, dass die Studierenden zügig abschließen und dann gut qualifiziert in die Berliner Schulen gehen.

Was wir sehen, ist, dass die Studierenden vielfach schon an der Schule arbeiten, zum Beispiel als PKB-Kraft. Dazu hatte Stephan Breidbach auch schon einiges gesagt. Die Dinge werde ich jetzt gar nicht so sehr wiederholen, nur kurz darauf verweisen, dass es viele Stellen gibt, an denen wir uns sehr einig sind. Dann haben Sie zumindest auch das noch mal gehört.

Mindestens 75 Prozent der Studierenden sind unseren Informationen nach erwerbstätig, und zwar ungefähr 10 Stunden in der Woche. Wir kalkulieren unsere Regelstudienzeit aber auf eine Vollzeitwoche. Das heißt, der Workload ist so kalkuliert, dass es eigentlich nicht funktioniert, daneben noch 10 Stunden arbeiten zu gehen, weil wir gar nicht anders kalkulieren

dürften. Insofern bringt das natürlich schon eine Verzögerung mit sich. Was wir auch sehen, was insbesondere bei den Lehramtsstudierenden auffällig ist, ist, dass viele von ihnen Care-Verpflichtungen haben. Das heißt, da gibt es ein weiteres Zeitbudget, das ihnen einfach nicht zur Verfügung steht, um ihr Studium stringent in Vollzeit zu verfolgen. Entsprechende Vereinbarkeitsprobleme zwischen Studium, Familie und Finanzierung des Studiums sehen wir vor allem im Grundschullehramt. Das betrifft aber beide Lehrämter. Was wir natürlich auch gesehen haben, ist, dass die Pandemie ebenfalls zu einer Studienzeitverzögerung geführt hat. Gerade vor dem Hintergrund, dass viele dann mit Kindern zu Hause studiert haben, muss man, glaube ich, gar nicht sehr viel mehr dazu sagen.

Es steht auch immer wieder im Raum, dass so viele Lehramtsstudierende ihr Studium abbrechen. Mir liegen keine Zahlen vor, die das untermauern würden. Ich würde auch dazu die Einschätzung von Stephan Breidbach teilen, dass es im Master nur ganz wenige Studierende sind, im lehramtsbezogenen Bachelor sind es etwas mehr. Die konkreten Zahlen erhalten Sie aber auch jetzt sehr zeitnah über die Schriftliche Anfrage. Ich weiß, dass die Zahlen gerade hausintern bei uns vorbereitet werden, sodass Sie sich selbst ganz konkret ein Bild dazu verschaffen können.

Was wir anhand von Befragungsergebnissen der vier Universitäten aus dem letzten Jahr auch sehen: Wir haben die Studierenden zum Übergang vom Bachelor in den Master befragt und wie ihre Motivation aussieht, in den Master of Education zu wechseln, tatsächlich Lehrerin bzw. Lehrer zu werden. Wir haben gesehen, dass offensichtlich vor allem Eindrücke aus dem Berliner Schulalltag die Motivation der Studierenden infrage stellen, tatsächlich einen Master of Education anzuschließen. Wenn sie einmal drin sind, schließen sie ihn ab, aber das erklärt möglicherweise auch ein Stück weit, warum zum Teil Studierende an diesen Übergängen verloren gehen. Das ist etwas, worauf wir leider nur sehr bedingt einen Einfluss haben.

Bei der Frage nach Abbrüchen und Verzögerungen werden immer wieder die fachwissenschaftlichen Anforderungen in der Mathematik angesprochen, vor allem im Lehramt an Grundschulen. Was ich dazu sagen kann, ist, dass wir eine ganze Reihe von Hilfestellungen für die Studierenden etabliert haben. Es gibt ein Propädeutikum, was die Studierenden belegen können, was auch auf das Studium anrechenbar ist. Das heißt, das kommt nicht on top oder wird vorweggenommen, sondern ist Bestandteil des Studiums. Dank zusätzlicher Mittel konnten wir zusätzliche Lehramtstutorien einrichten, sodass die Studierenden wirklich sehr engmaschig betreut werden. Es gibt an der FU zwei Lernräume, wo auch Tutorinnen und Tutoren ansprechbar sind und sich die Studierenden untereinander austauschen und beraten lassen können. Es gibt also eine ganze Reihe Maßnahmen, die wir ergriffen haben, die sich in erfreulich hohen Bestehensquoten bei den Klausuren abzeichnen, die in der Mathematik bei uns für das Lehramt geschrieben werden.

Die fachmathematischen Inhalte sind am Rahmenlehrplan bis Niveaustufe E orientiert, das heißt, bis ungefähr Jahrgangsstufe 7 bis 8. Die Lehrenden haben mir in Vorbereitung auf die Anhörung hier berichtet, dass der Satz des Pythagoras schon als zu schwer rausfällt. Insofern bin ich ein bisschen ratlos, wie man jetzt die Anforderungen noch weiter reduzieren könnte.

Was ebenfalls viel diskutiert wird – das klang gerade schon an –, ist die Frage der Einbindung von Praxis. Studierende wünschen sich häufig möglichst früh möglichst viel Praxis. Praxis bedeutet für sie dann häufig, vor der Klasse zu stehen. Das setzen sie sehr häufig gleich. Wir

haben davon ein etwas breiteres Verständnis, was ich gleich auch noch kurz erläutern werde. Die Studierenden verbinden mit diesem Wunsch vor allem auch die Erwartung an Fachdidaktik und Erziehungswissenschaften, dass die Rezepte kriegten. Sie wollen eine Anleitung kriegen, sich vor eine Klasse stellen, sich damit auch wohl und erfolgreich fühlen. Dann haben sie den Eindruck, das ist das, was ihnen ein Lehramtsstudium bringen soll. Aus unserer Sicht soll Unterricht aber auch dann funktionieren und eine hohe Qualität haben, wenn man mit anderen Zutaten kocht oder wenn die Küche anders ausgestattet ist.

Insofern braucht man aus unserer Sicht erst mal ein breiteres, auch abstrakteres Wissen, um diese Anpassungsfähigkeit dann zu haben. Aus der Forschung wissen wir, dass die bloße Unterrichtspraxis für die Entwicklung professioneller Kompetenzen eben nicht ausreicht, sondern entscheidend ist, dass man exemplarische Situationen aus der Schulpraxis mit wissenschaftlichem Wissen verknüpfen kann. Wir möchten die Studierenden in die Lage versetzen, dass sie auf eine Vielzahl von konkreten Situationen professionell reagieren können, denen sie dann später in der Praxis begegnen. Unser Ansatz ist deshalb, dass wir mit den Studierenden das theoriegeleitete und evidenzbasierte Handeln und Urteilen an Beispielen üben. Deshalb fassen wir – ich hatte es schon angesprochen – Praxis sehr viel breiter, nämlich unter anderem auch als Auseinandersetzung mit konkreten realen Fallbeispielen zur Diagnose von Lernvoraussetzungen. Wir verstehen darunter die Nutzung von Unterrichtsvideos, um gezielt einzelne Aspekte von Unterricht zu analysieren und die professionelle Wahrnehmung von Unterricht und die Durchführung von Unterricht in Lernlaborseminaren für Schülerinnen und Schüler in Kleingruppen zu schulen. Wir haben eine ganze Reihe von Elementen, die sich durch unser gesamtes Lehramtsstudium ziehen.

Der Fokus liegt dabei immer auf der Reflexion von Schulpraxis und der Diskussion verschiedener Handlungsmöglichkeiten und nicht auf der Einübung von Handlungsrouinen. Das ist etwas, was wir für den Vorbereitungsdienst noch übrig lassen. Das steht dort sehr viel mehr im Fokus. Die Reflexion von Schulpraxis ist natürlich ganz besonders wichtig bei unserem Herzstück des Lehramtsstudiums, dem Praxissemester. Dazu ist schon einiges von meinem Kollegen gesagt worden. Was wir sehen, ist, dass die Betreuung der Studierenden ganz entscheidend ist, vor allem wenn sie an Schulen kommen, die für sie eine Herausforderung darstellen. Ich weiß, dass das sehr unterschiedlich ist. Es gibt viele Schulen, aus denen Studierende sehr motiviert und begeistert zurückkommen, und es gibt eben auch die anderen Schulen. Wir versuchen, alle Studierenden gleichermaßen gut zu begleiten.

Aus unserer Sicht sind deswegen sowohl die Begleitung durch die Mentorinnen und Mentoren an den Schulen als auch durch die Fachdidaktiken ganz entscheidend für den Erfolg des Praxissemesters. Was die Mentorinnen und Mentoren an den Schulen angeht, war die Mentoringqualifizierung für uns immer eine gute Möglichkeit, dass Lehrerinnen und Lehrer und Fachdidaktikerinnen und -didaktiker miteinander ins Gespräch kommen, wie Studierende in dieser Praxisphase begleitet werden können, was auch aus der Sicht der Fachdidaktiken wichtig ist usw. Leider gelingt es uns jetzt schon seit mehreren Jahren nicht, dass wir dazu gemeinsam mit der Senatsverwaltung ein Modell finden, das für alle umsetzbar ist, sodass das im Moment weitgehend ruht. Umso wichtiger ist dann die Betreuung durch die Dozierenden der Fachdidaktiken. Stephan Breidbach hatte gerade schon sehr schön inhaltlich dargelegt, warum das relevant ist. Das sehen wir ganz genauso. Wir schätzen das auch so ein, dass der LVVO-Entwurf, der aktuell vorliegt, die sowieso schon angespannte Betreuungssituation dramatisch verschlechtern würde. Wir könnten eben nicht mehr alle in den Fachdidaktiken,

die dafür von ihrer Qualifikation her infrage kommen, in die Schulen schicken und die Studierenden begleiten lassen. Damit wäre die Betreuung an der Stelle im Grunde nicht mehr gewährleistet. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, dass die Idee des Praxissemesters insgesamt, wenn man sich das Gesamtbild noch einmal anschaut, infrage gestellt ist.

Im gerade laufenden Praxissemester sind berlinweit etwa 1 400 Studierende an den Schulen – weil immer gefragt wird, wo die Studierenden bleiben. Da sind sie schon mal. Wir können also durchaus große Hoffnungen haben, dass die Studierenden ihr Studium sehr bald abschließen und in den Schulen ankommen.

Für das gesamte Lehramtsstudium ist wichtig, dass es dauerhaft innovativ bleibt. Da sehe ich eine wichtige Aufgabe der Schools. Wir regen in der Dahlem School of Education immer wieder den Diskurs an, wie wir auf aktuelle gesellschaftliche Themen und wissenschaftliche Entwicklungen reagieren und die auch im Lehramtsstudium verankern können. Wir bündeln dabei die Expertise aus den verschiedenen Fachbereichen und steuern auch den lehramtsbezogenen Austausch dazu. Inhaltlich betrifft das zum Beispiel die Verankerung von Querschnittsthemen, zum Beispiel Inklusion, Antidiskriminierung, Bildung in der digitalen Welt, Demokratiebildung. Auch was die Systematik und Struktur des Lehramts angeht, sind wir dabei, stetig für Innovationen zu sorgen. Da liegt bei uns schon seit einigen Jahren der Fokus auf der Einbindung von Schulpraxiselementen, die ich gerade schon kurz genannt hatte. Inzwischen werden wir tatsächlich auf bundesweiten Treffen von Schools schon darauf angesprochen, dass wir mit diesem Thema verbunden werden. Insofern ist mein Eindruck, dass wir dieses Thema Theorie-Praxis-Verzahnung schon erfolgreich in Angriff nehmen. Sie sehen, dass wir von unserer Seite große Anstrengungen unternehmen, damit möglichst bald möglichst viele gut vorbereitete Absolventinnen und Absolventen in den Vorbereitungsdienst starten können.

Ich möchte damit enden, was uns dabei noch helfen würde. Das wären nämlich eine langfristige Planung und Finanzierung. Die zusätzlichen Mittel, die wir in den letzten Jahren erhalten haben, haben dazu beigetragen, dass wir einige Maßnahmen umsetzen konnten, die sich auf die Qualität und Quantität des Lehramtsstudiums beziehen. Die Umsetzung von kurzfristigen Maßnahmen ist allerdings immer auch mit einer Reihe von Nachteilen verbunden. Sie bindet Ressourcen, weil wir dadurch einen steigenden Verwaltungsaufwand haben. Es entstehen Lücken, wenn Stellen zum Beispiel nicht bis zum Ende eines Förderzeitraums besetzt sind und dann aber nicht nachbesetzt werden können, weil die Förderung kurz danach ausläuft. Für das qualifizierte Personal, auf das wir als Universitäten angewiesen sind, sind kurzfristige Stellen eher unattraktiv, und die FU ist dann keine gute Arbeitgeberin. Mit mittel- und langfristigen Perspektiven können wir aber nachhaltige Strukturen aufbauen und nachhaltige Effekte erzielen. Das ist auf jeden Fall unser Ziel.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen herzlichen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Aussprache. – Der Senat möchte sich einmal zu Wort melden. Entschuldigung, bitte! – Dann ist der Senat erst einmal dran.

**Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG):** Entschuldigung, Frau Vorsitzende, ich habe mich etwas spät gemeldet! – Ich fasse mich aber sehr kurz. Vielen Dank für die weiteren Ausführungen. Wir haben schon – da waren nicht alle dabei – im September eine Anhörung gehabt. Deshalb kann ich mich jetzt auch kurzfassen.

Seit dem 12. Oktober haben wir glücklicherweise die Freigabe der Mittel aus dem Hauptausschuss für die Fortsetzung des Sonderprogramms „Beste Lehrkräftebildung für Berlin“ und die Multikohortenstudie zur Lehrkräftebildung. Hier werden wir nun in das Antragsverfahren mit den Universitäten einsteigen und die Ausschreibung zur Durchführung der Multikohortenstudie vorbereiten. Für die 10 Millionen Euro zur Erhöhung der Anzahl der Lehramtsabsolventinnen und -absolventen sowie zur Verbesserung des Lehramtsstudiums haben wir ebenfalls das Konzept in Abstimmung mit den lehrkräftebildenden Universitäten und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie fertiggestellt und ebenfalls zeitnah dem Hauptausschuss vorgelegt. Das würde wahrscheinlich am 23. November, so denn der Sitzungsplan so bleibt, wie er bisher gedacht war, behandelt werden. Da die 10 Millionen Euro zunächst nur für das Jahr 2023 zur Verfügung stehen, wurden kurzfristige, im Jahr 2023 umsetzbare Maßnahmen für die Lehrkräftebildung mit den Universitäten ausgearbeitet.

Bei der Freigabe der Mittel kann so zum einen die Attraktivität des Studiums durch eine bessere technische Ausstattung und die Verbesserung der Studierbarkeit erhöht werden. Zum anderen sind strukturelle Weiterentwicklungen, wie die verstärkte Aufnahme von Kooperationen mit Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Lehramt, an beruflichen Schulen und die Prüfung der Praxisphasen im Bachelor geplant. Die Themen Digitalisierung, Inklusion, Diversität und kulturelle Bildung sollen auch konzeptionell stärker verankert werden. Ich war froh, das auch von Ihnen eben zu hören, Frau Terzer. Weiterhin stehen die Gewinnung neuer Lehramtsstudierender und die Erhöhung des Studienerfolgs im Fokus der Bemühungen unserer Verwaltung, des Landes Berlin und der lehrkräftebildenden Universitäten. Bei der Freigabe auch dieses Konzepts durch den Hauptausschuss kann die Lehrkräftebildung im Jahr 2023 einen guten Schritt vorangebracht werden, und viele der Impulse, die heute auch in der Anhörung eingebracht wurden und wahrscheinlich auch noch werden, können darüber berücksichtigt werden. – Nebenbemerkung: Was Sie eben zur Verstetigung der Mittel gesagt haben, teile ich auch. Wir sehen das ganz genauso, dass wir hier nicht nur bei einmaligen Maßnahmen bleiben können.

Zum Mentoring vielleicht nur ganz kurz: Das ist für uns ein wichtiger Baustein des Praxissemesters, und wir befürworten das auch inhaltlich. Das neue Konzept liegt uns vor. Mittel zur Beantragung von wissenschaftlichen Stellen in Höhe von 350 000 Euro sind auch in der Fortsetzung des Sonderprogramms „Beste Lehrkräftebildung für Berlin“ eingeplant. Wir planen, dass wir dieses Thema ausdrücklich in der nächsten Sitzung der „Steuerungsgruppe Lehrkräftebildung“ behandeln.

Ganz kurz zur Lehrverpflichtungsverordnung: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir zurzeit noch in der Anhörungsphase sind. Bis zum 20. Oktober können noch Stellungnahmen eingehen. Es ist gut, dass wir das heute auch noch einmal von Ihnen in der Deutlichkeit gehört haben. Das werden wir mitnehmen und dann nach der Anhörung auch beraten. – Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen Dank! – Dann kommen wir zur Aussprache. – Herr Förster, Sie haben das Wort!

**Stefan Förster (FDP):** Vielen Dank an Sie beide, dass Sie im Nachgang unserer großen Anhörung noch ein paar Dinge beigesteuert und Ihre Sicht der Dinge geschildert haben. Ich will mich kurzfassen, weil wir die ausführliche Diskussion schon im September bei der anderen

Anhörung geführt haben. Herr Prof. Breidbach, Sie hatten gesagt, die Gründe, warum die Studierenden die Studienzeiten nicht einhalten, seien mannigfaltig. Vielleicht können Sie dazu noch einmal ausführen. Ich finde das von der Zahl gar nicht so schlimm, was überzogen wird, auch die Zahlen, die Frau Terzer genannt hat. Umso eher sie ins Berufsleben kommen, desto besser für den Lehrermangel, aber gemessen daran, wie in früheren Studienjahren, wo man noch nicht dieses verschulte Studiensystem von Bachelor und Master hatte, – in Anführungsstrichen – getrödelt wurde, wie lange das teilweise dauerte, bis man fertig war, sind das doch schon deutlich kürzere Zeiten, muss man ehrlicherweise sagen. Das ist, glaube ich, schon ein deutlicher Fortschritt, was das betrifft.

Ich hätte gern gewusst, inwieweit auch die bildungspolitischen Entscheidungen in anderen Bundesländern möglicherweise den Lehrermangel und den Ausbildungsdruck verstärken. Wenn einige westdeutsche Bundesländer meinen, sie müssten das 13. Schuljahr wieder einführen oder mussten es, ist das in erheblichem Maße ein Sogeffekt gewesen, durch den Lehrkräfte, die hier gut ausgebildet wurden, teilweise mit finanziellen Versprechen dorthin gelockt worden sind. Am Ende wissen wir, dass das 13. Schuljahr nicht unbedingt mehr bringt, weder quantitativ noch qualitativ.

Zum Stichwort Abstimmung mit den anderen Bundesländern zur Lehrkräfteausbildung: Wie schätzen Sie das ein, insbesondere was die Konkurrenz- und Abwerbesituation betrifft? Denn ich sage es mal ein bisschen standortegoistisch: Ich möchte schon, dass diejenigen, die wir hier ausbilden, die mit Berliner Steuergeld ausgebildet werden, zuerst in den Berliner Schulen ankommen und Verwendung finden, weil wir hier auch unsere Probleme lösen müssen.

Frau Dr. Terzer hatte angesprochen, dass insbesondere die MINT-Fächer betreffende Bewerbungslage immer noch sehr überschaubar und unbefriedigend ist. Ich bin mittlerweile auch ziemlich ratlos. Hat das was mit der allgemeinen Geringschätzung von Naturwissenschaften generell in Deutschland zu tun? Das sagt jetzt der Geisteswissenschaftler, der studierte Historiker, der trotzdem feststellt, dass am Ende die mathematisch-informatisch-technischen Fächer bei uns keinen hohen Stellenwert haben. Es sind aber eigentlich Fächer, mit denen man, wenn man sie studiert, eine gute Berufsperspektive haben kann. Woran liegt das also? Was kann man dagegen tun? Es gibt sicherlich kein Patentrezept, aber wenn wir auf Dauer nicht endlich bei den MINT-Fächern zu Potte kommen, werden wir gerade in diesem Bereich ein Riesenproblem haben, gerade was die Lehrkräfte betrifft. Vielleicht können Sie uns auch sagen, warum gerade im Grundschulbereich die Verlinkung mit der Sonderpädagogik so attraktiv zu sein scheint. Sonderpädagogik ist schön und wichtig, aber nicht in dem Maße, wie sie ausgebildet wird, benötigen wir sie auch. Wir wissen, dass andere Fächer wichtiger wären.

Ich hatte noch Grundschullehrer, die sowohl Englisch als auch Deutsch und Mathematik unterrichten konnten. Gerade einem Zweit- oder Drittklässler Mathematik beizubringen, das sind noch relativ einfache Sachen, das würde ich mir fast zutrauen – vielleicht nicht didaktisch, aber zumindest inhaltlich. Was ist daran so schwer, Leute gerade im Grundschulbereich zu finden, die auch Mathematik unterrichten wollen oder auch in etwas höheren Klassen? Der Kollege Wolf rief mir gerade zu, dass er bei seinem Sohn, der in der 8. Klasse ist, selbst bei den binomischen Formeln, die gerade behandelt werden – er ist kein Mathematiker –, es sich zutraut, bei den Hausaufgaben helfen zu können. Wir sind in den unteren Jahrgängen nicht im Bereich von höherer Mathematik. Was ist daran so schwer? Den Satz des Pythagoras, wenn man da praktisch argumentieren würde, braucht jeder, der zu Hause nur mal ein bisschen

handwerkt. Da muss man mal ein Brett anbringen und den rechten Winkel anlegen und gucken, wo man das Brett abschneidet. Selbst bei einfachsten Arbeiten im Haushalt und in der Werkstatt, wo auch immer, sind solche Sachen in der praktischen Anwendung nötig. Ich verstehe das Problem nicht. Nicht, weil Sie es adressieren, sondern ich bin etwas ratlos, wie man es lösen kann. Es geht ja dabei nicht um ganz hochtrabende Dinge. Es werden ja keine Atomphysiker oder so benötigt. Wie kommt man da weiter?

Zum Schluss die Frage, Frau Terzer, Sie hatten es mehr angesprochen, Herr Breidbach weniger: Was kann das Land Berlin konkret tun? Was können wir an Verbesserungen tun? Einige der Dinge, die Sie gesagt haben, sind hochschulintern zu lösen und müssen verbessert werden. Das ist dann vielleicht nicht nur etwas für die „Abendschau“, sondern auch für die hochschulinternen Gremien. Das andere ist etwas, was möglicherweise auch im Wettstreit der Länder oder auf der Bundesebene angepasst werden muss. Ganz konkret: Was kann das Land Berlin, der Gesetzgeber in Berlin hier noch verbessern? – Danke!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Dann habe ich mich als Sprecherin für Bildung meiner Fraktion gemeldet und habe auch ein paar Nachfragen.

**Franziska Brychcy (LINKE):** Es ist ganz erfreulich, dass Sie sagen – Herr Breidbach zum Beispiel –, dass es im Masterbereich, im Grundschullehramt auch positive Zahlen gibt. Das freut uns sehr. Ehrlich gesagt wäre hier auch der Platz, weil Sie beide betont haben, dass das Lehramtsstudium eine zentrale Bedeutung an den Universitäten hat, dass Sie auch noch einmal deutlich machen können, was Ihnen vielleicht noch fehlt. Da wollte ich bei den räumlichen und personellen Kapazitäten für das Lehramt fragen, wie sich das in letzter Zeit entwickelt hat.

Sie haben beide gesagt, dass es aktuell einen Bewerberinnen- und Bewerbermangel gibt. Die UdK hat uns das letzte Mal gesagt, dass sie ein Scout-Programm hat und sich mit den Schulen enger verzahnt. Wäre das auch eine Möglichkeit, Studierende für MINT-Fächer zu gewinnen, indem die Hochschulen stärker an Schulen gehen und dort werben? Dann haben Sie deutlich gemacht, dass Sie gar nicht die Abbruchquoten als Problem sehen, sondern die Übergänge ins Referendariat und dann eben auch in den Beruf. Da wollte ich nachfragen, was man machen kann, um den Übergang ins Referendariat leichter zu gestalten. Wir wollen nicht, dass der Schulalltag eine abschreckende Wirkung auf Studierende hat. Wie ist da der Kontakt zu SenBJF, dass man vielleicht für die Studierenden schon in den Praxisphasen gute Erfahrungen organisieren kann? Sie sprachen an, dass die Mentoringqualifizierung ein bisschen stockt. Woran scheitert das aktuell? Es ist ja gut, wenn gute Mentorinnen und Mentoren an den Schulen präsent sind.

Zur Betreuung des Praxissemesters haben Sie sehr lange ausgeführt. Sie haben gesagt, mindestens zwei Besuche müssen abgedeckt werden. Was sind genau die Hindernisse? Ist es die LVVO, die an der Stelle geändert werden soll, oder was ist das Hindernis, dass diese zwei Besuche im Praxissemester nicht regelmäßig stattfinden können?

Zum Q-Master wollte ich fragen – das hatten Sie gar nicht angesprochen –: Gibt es Möglichkeiten, den Q-Master an HU und FU noch auszubauen? Das wäre eine schnellere Möglichkeit, Lehrkräfte zu gewinnen. Wie ist die aktuelle Situation? Sind diese Masterplätze ausgeschöpft, und könnten möglicherweise weitere Kapazitäten geschaffen werden?

Sie hatten die erste, zweite und dritte Phase angesprochen. Sie wissen, dass ein neues Lehrkräftebildungsinstitut im Land Berlin geschaffen werden soll. Ich wollte nachfragen, ob die Schools da schon eingebunden sind oder wie der Kontakt mit SenBJF an der Stelle ist, weil der Quereinstieg auf der anderen Seite im StEPS bis jetzt nicht richtig mit der Universität verzahnt ist. Wir wünschen uns das eigentlich. Auch bei der Fortbildung zum Beispiel wünschen wir uns, dass die Universitäten stärker miteingebunden werden.

Dann habe ich die Frage zur Sonderpädagogik, ob es wirklich ein Problem ist – denn wir brauchen ganz viele Sonderpädagoginnen und -pädagogen –, dass die Studienplätze, die es gibt, komplett ausgeschöpft sind? Müssen wir da noch weitere schaffen? Wir haben einen extremen Mangel in diesem Bereich.

Der Mangel in der Praxis führt dazu, dass wir viele Studierende schon im Bachelor und Master an den Schulen haben, die zum Beispiel dieses Programm „Unterrichten statt Kellnern“ durchlaufen oder als PKB-Kraft tätig sind. Sie haben gesagt, das ist ein Problem mit der Universitätsausbildung, denn es sollen keine Handlungsrouninen ausgebildet werden. Auf der anderen Seite brauchen wir ganz dringend die Fachkräfte. Könnte man das verzahnen, also miteinander verbinden? Sehen Sie da eine Möglichkeit, dass man quasi die Praxisphasen im Studium auch schon mit Tätigkeiten in der Schule besser verzahnt?

Dann habe ich noch Fragen an den Senat. Wie ist die Zusammenarbeit mit SenBJF an der Stelle, um zu einer bedarfsdeckenden Ausbildung zu kommen und die Zahl der Studienplätze entsprechend zu erhöhen? Haben Sie da gute Zahlen seitens der Wissenschaftsverwaltung? Da sind wir auch im Prozess mit SenBJF, dass das manchmal mit den Zahlen ein Problem ist. Sie haben angesprochen, Frau Senatorin, dass das 17-Millionen-Euro-Programm erst einmal nur



kurzfristig ausgegeben werden konnte, weil wir als Haushaltsgesetzgeber das nicht langfristig über entsprechende Verpflichtungsermächtigungen abgesichert haben, was ja unser Ziel ist. Es war unter den Koalitionsspitzen so vereinbart, dass dieses Geld jährlich langfristig zur Verfügung gestellt wird. Wäre es auch aus Ihrer Sicht wünschenswert, dieses Geld mittelfristig in die Hochschulverträge einfließen zu lassen, wenn es denn für die Laufzeit der Hochschulverträge gesichert werden kann? Wie bekommen wir die Universitäten dazu, dass sie dieses Geld dann auch wirklich für die Lehramtsausbildung sichern und ausgeben, dass wir uns darauf verlassen können? Die letzte Frage: Nächstes Jahr hat das Land Berlin den KMK-Vorsitz, und wir wünschen uns, dass alle Bundesländer bedarfsdeckend ausbilden. Würden Sie da die Möglichkeit eines Staatsvertrags gut finden? – Punkt hinter meinen persönlichen Redebeitrag!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Jetzt rufe ich den Abgeordneten Schulze auf.

**Tobias Schulze (LINKE):** Danke schön! – Alles, was Frau Brychcy gerade schon gefragt hat, verkürzt meine Fragenliste. Ich will eine kurze Vorbemerkung aus wissenschaftspolitischer Sicht machen, weil wir in der Stadt alle gemeinsam unter hohem Druck stehen. Wir haben massiv zu wenig ausgebildete Lehrkräfte, und deswegen ist das Thema mittlerweile schon seit vielen Jahren das drängendste Thema der Wissenschaftspolitik, auch für die Öffentlichkeit. Das denkt man nicht, wenn man selbst im Wissenschaftsbetrieb ist, aber wenn Sie mal rausgucken, ist das tatsächlich die Priorität Nummer eins. Bei Journalistinnen und Journalisten und bei vielen Menschen da draußen ist das das drängendste Problem. Insofern bin ich Ihnen auch sehr dankbar, dass Sie noch einmal dargestellt haben, wie sich das Ganze in den letzten Jahren entwickelt hat. Wir haben 2016 angefangen, hier den Ausbau vorzunehmen, und die entsprechenden Weichen gestellt, und die Universitäten haben sich auf den Weg gemacht, das zu professionalisieren und die entsprechenden Schools zu schaffen, um besser zusammenzuarbeiten.

Ich will auch mal danke dafür sagen, dass Sie das in dieser Weise auf den Weg gebracht haben, weil ich weiß, dass trotz nicht immer toller Bedingungen und nicht immer toller Finanzierung viele in den Einrichtungen sehr viel Herzblut da reinstecken. Wenn wir uns die Evaluierung angucken und sehen, wo die Leute verlorengehen, dann liegt es nicht an den Studiengängen, sondern an den Übergängen, den Praxisphasen, der Betreuung – das haben Sie gerade ausgeführt. Das ist auch wichtig für uns, um zu sehen: Wo stellen wir die richtigen Weichen? – Wir brauchen mehr Kapazitäten, das ist klar. Wir müssen uns angucken: Wie sind die Studiengänge organisiert? – Wir müssen uns aber nicht die Grundsatzfrage stellen, ob das gute Studiengänge sind oder nicht, weil ich glaube, das haben Sie an der Stelle in der Sache beantwortet.

Trotzdem die Frage zu den Regelstudienzeiten: Sie haben schon das Stichwort Arbeit genannt. Wenn sechseinhalb Jahre studiert wird, dann ist das aus unserer Sicht in den heutigen Zeiten ein ganz normaler Prozess. Wir halten nicht sklavisches an Regelstudienzeiten fest, weil wir wissen, dass die Lebensbedingungen, die Lebensrealitäten der Studierenden andere sind. Wir wollen, dass die Leute ihr Studium abschließen und nicht nach fünf Jahren aus dem Studium rausfliegen. Deswegen ist das normal. Sie haben auch erwähnt, dass viele schon in ihrem eigentlichen Beruf arbeiten – dafür habe ich auch Beispiele in meinem Bekanntenkreis – und dass das durchaus eine Sache ist, die zwar eher der Not geschuldet ist, aber trotzdem nützt. Die Evaluierung hat auch gezeigt, dass die Arbeitsbelastung von einigen Studierenden

für zu hoch gehalten wird. Haben Sie sich das genauer angeschaut – frage ich Sie jetzt beide – , und was tun Sie, um die Arbeitsbelastung vielleicht zu senken, gerade wenn man weiß, dass so viele Anforderungen auf die Studierenden zuströmen? Was können die Universitäten tun, um die Arbeitsbelastung zu senken?

Sie sagten, viele entscheiden sich nicht für den Master, weil sie sich mal eine Berliner Schule angeguckt haben und dann überlegen, vielleicht doch keinen Lehramtsmaster zu machen. Gehen die dann in andere Bundesländer und machen dort den Master zu Ende, um dort an einer Schule zu arbeiten, oder entscheiden die sich ganz gegen den Lehrerberuf? – Dazu können Sie vielleicht gleich noch etwas sagen.

Zur Frage der Mittel und der Konsistenz der Mittelverausgabung wurde jetzt schon einiges gesagt. Wir kämpfen dafür, dass die Mittel dauerhaft kommen. Uns haben die Haushälter die Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre rausgestrichen. Das war bitter. Wir müssen jetzt darum kämpfen, dass sie wieder reinkommen und vielleicht in die Hochschulverträge übertragen werden, um mehr Personal einstellen zu können. Vielleicht können Sie noch etwas zu einer konsistenten Personalstruktur sagen. Haben Sie den Eindruck, dass in Ihren Schools wirklich eine Personalstruktur aufgebaut wurde, mit der Sie auch auf Dauer arbeiten können, das heißt, kein Strohfeuer von befristeten Stellen, sondern wirklich Stellen und ein Personal-körper, der auf Dauer bleibt, der weiter wachsen kann und nachhaltig ist?

Meine Fragen an den Senat: Es wurde gesagt, das S-Professuren-Modell wurde von der Senatsverwaltung nicht akzeptiert. Vielleicht kann der Senat noch mal sagen, was damit gemeint war. Es ging, glaube ich, um Professuren, die mit der Spezialisierung als S-Professuren eingerichtet werden sollten. Die allerletzte Frage: Die LVVO müssen wir uns noch einmal anschauen, und vielleicht ist es da sinnvoll, wenn wir gemeinsam ins Gespräch zur LVVO und zur KapVO gehen. Das wurde heute schon erwähnt. Vielleicht können Sie auch noch etwas zur Betreuung in den Praxisphasen sagen. – Danke schön!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen Dank! – Dann ist jetzt Frau Dr. Czyborra dran.

**Dr. Ina Maria Czyborra (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es ist gar nicht so einfach zu sortieren, weil es ein Strauß von Themen ist, und manches wird vielleicht doch noch einmal angesprochen, auch wenn es die Kolleginnen schon hatten. Erst einmal vielen herzlichen Dank! Es war wieder sehr spannend. Uns eint, glaube ich, das Bedürfnis, dass wir langfristig Bedarfe der Berliner Schule, abgestimmt zwischen Bildungsverwaltung und Wissenschaftsverwaltung, errechnet bekommen. Wir haben gerade wieder eine Bevölkerungsprognose – es gibt Spielräume –, wo wir tendenziell auf vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zulaufen. Dann muss man noch den Speckgürtel, die Beziehung zwischen Berlin und Brandenburg betrachten und sehen, dass von diesen prognostizierten vier Millionen wohl auch eine ganze Menge Kinder sind. Wir haben neue Zahlen, und das bedeutet auch, dass wir uns sehr langfristig überlegen müssen, was das für Lehrkräfte in Berlin heißt – nicht nur die schiere Menge. Es ist so, dass wir nicht für Berlin allein ausbilden, sondern dass das kommunizierende Röhren mit anderen Bundesländern sind. Daher ist es ganz dringend, dass wir auch in der KMK verlässliche und belastbare Zahlen für die nächsten Jahre bekommen, und zwar mit einem Zeithorizont von zehn Jahren, denn von der Studienentscheidung über Studienverlauf und Referendariat dauert es eben doch nahezu zehn Jahre, wenn man noch die Vorlaufphase der Kapazitätserhöhungen miteinbezieht. Das ist der Horizont, in dem wir denken müs-

sen. Insofern bin ich sehr froh, dass Sie LVVO und KapVO angesprochen haben, denn das sind die Handlungsfelder, die wir hier haben. Es wäre schön, wenn man noch mal präzise dargestellt bekommt, wie das so anzupassen wäre, dass es Ihren Vorstellungen entspricht. Ich habe schon vor vielen Jahren auch mit der ehemaligen Vizepräsidentin Obergfell über diese Themen gesprochen und kenne die Forderungen im Großen und Ganzen, aber das aktuell angepasst zu haben, wäre sicherlich sinnvoll.

Was ich eben nicht ganz verstanden habe: Es gibt einen Konflikt in Bezug auf das Sonderprogramm und drei Professuren. Mich würde interessieren, wo diese unterschiedlichen Sichtweisen liegen und was verhindert, dass das umgesetzt wird.

Die Übergänge wurden angesprochen. Uns wurde von den Studierenden gespiegelt: Es gibt ein Problem mit dem Übergang Bachelor-Master, insbesondere bei der vorzeitigen Immatrikulation, die in der Coronazeit viele in Anspruch genommen haben. Da gibt es Fristen. Die Fristen können im Augenblick zum Teil nicht eingehalten werden. Das wäre also ein weiteres Übergangsproblem und auch die Anerkennung von Leistungen, wenn sich junge Menschen nach dem Bachelor entscheiden, in Berlin weiterstudieren zu wollen, aber vielleicht den Bachelor of Education studiert haben mit relativ hohen Anforderungen an das, was nachzuholen ist. Kann man an diesem Übergang vielleicht mit etwas mehr Kulanz oder anderen Möglichkeiten noch Dinge verbessern? Vielleicht sind das auch Hinderungsgründe, den Master zu machen, wenn das zu kompliziert ist und zu viele Hürden aufgebaut werden. In dem Zusammenhang die Frage: Ist der Bachelor of Education – immer wieder heiß diskutiert – eine Lösung? Polyvalenz notwendig oder eine Hinderung? Vielleicht gibt es dazu von Ihnen eine Aussage.

Die sinkenden Studienbewerberinnen- und -bewerberzahlen: Ich glaube, wir haben noch keine aktuellen Zahlen für dieses Semester, mir wird aber gespiegelt – vielleicht ist es auch nur gefühlt –, dass wir insgesamt deutliche Rückgänge haben. Wir haben auch kleinere Alterskohorten, das ist klar. Kinder, die es nicht gibt, können nicht studieren. Nichtsdestotrotz ist auch die Frage, inwieweit aufgrund der sozialen Lage der Studierenden von einem Teil der jungen Menschen eine Studienaufnahme als wenig aussichtsreich oder ökonomisch gar nicht leistbar angesehen wird. Das wäre dramatisch.

Ist das Praxissemester im Studienverlauf richtig angesiedelt? Das wäre noch eine Frage. – Mich treibt immer Mathe um. Deutschland hat irgendwie eine pathologische Matheangst in der Breite. Daran sind wir wahrscheinlich alle zusammen ein bisschen schuld, denn das entsteht irgendwo. Vielleicht kann man mal mit dem Fachbereich Psychologie der Erziehungswissenschaften und dem Fachbereich Mathematik darüber reden, ob man da Programme entwickelt, die diese Matheangst abbauen, und dann vielleicht auch gezielt anwirbt und sagt: Leute, ist gar nicht so schlimm, wie euch das in der Schule immer vermittelt wurde!

Würde die Immatrikulation in die School of Education statt ins Fach helfen – das ist wieder so ein bisschen Bachelor of Education und Polyvalenz –, um gerade bei Fächern wie Mathe, Physik und so weiter eine bessere Studierbarkeit zu erreichen? Ich finde die Aussagen extrem widersprüchlich, wenn Sie sagen, dass an der FU zumindest die Durchfallquoten quasi nicht mehr existent sind, ich aber von Studierenden – allerdings der HU – höre, dass im ersten Semester 90 Prozent der Studierenden in Mathematik durchgefallen sind – aber vielleicht ist das auch nur gefühlt – und es deswegen ganz viele Abbrüche gab. Ich weiß, die Zahlen, die wir

kriegen, spiegeln das auch nicht wider, aber es ist das, was von Studierenden erzählt wird. Sie sagen, dass sie viel Geld ausgeben für Nachhilfeunterricht, um das bewältigen zu können. Das würde mich auch interessieren. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Als Letzte auf der Rednerinnen- und Rednerliste ist jetzt Frau Neugebauer.

**Laura Neugebauer (GRÜNE):** Ganz viel wurde schon gefragt, und ich werde das jetzt nicht wiederholen. Ich habe aber, weil Frau Czyborra gerade das Thema Mathematik angesprochen hat, aber auch generell bezüglich der Fachdisziplin die Frage: Gibt es Erfahrungen mit Vorbereitungskursen in den Fachdisziplinen in Bezug auf Verzug, aber auch Studiumsabbruch? Ich glaube, vor allem Mathematik im Grundschullehramt ist da immer noch so ein Punkt, vor allem bei sehr vielen Leuten, die vielleicht nicht mit großen Ambitionen, Mathematik zu studieren, ins Lehramtsstudium reingegangen sind.

Eine weitere Frage, die bei mir aufgekommen ist: Sie hatten das Thema Sonderpädagogik und die steigenden Studierendenzahlen dort als aus Ihrer Perspektive problematisch angesprochen. So habe ich es zumindest verstanden. Könnten Sie noch einmal genau erklären, wieso Sie das als problematisch ansehen, vor allem in Bezug auf die sehr vielschichtigen Probleme, die auch durch die Coronakrise in den Schulen eskaliert wurden? Ich würde gern verstehen, wo an der Stelle das Problem liegt.

Sie haben beim Praxisteil darüber geredet, dass dieses abstrakte Wissen wichtig ist, bevor überhaupt diese Praxis in der Schule stattfinden kann. So wichtig das praktische Wissen ist, so wichtig ist aber auch das Können, das, was man abstrakt gelernt hat, praktisch in den Klassenraum zu transferieren. Wie werden Studierende darauf vorbereitet? Das eine ist das Praxissemester, dann folgt das Referendariat, wozu wir im Haushalt im Bildungsbereich die Studie eingestellt haben. Wie werden die Studierenden darauf vorbereitet, diesen Transfer auch zu machen? Welche Werkzeuge werden ihnen mitgegeben, um praktisch anwenden zu können, was sie gelernt haben?

Die Frage nach den Ursachen für die Verzögerungen beziehungsweise Abbrüche wurde schon gestellt. Ich wiederhole den Rest nicht noch einmal.

**Vorsitzende Franziska Brychcy:** Vielen Dank! – Dann haben Sie jetzt die herausfordernde Aufgabe, die ganzen Fragen prägnant zu beantworten. Wir würden wieder in der gleichen Reihenfolge vorgehen, also erst Herr Prof. Dr. Breidbach. Oder haben Sie sich anders geeignet? – Gut, dann machen wir das so. Danach folgt Frau Dr. Terzer. – Herr Prof. Dr. Breidbach!

**Dr. Stephan Breidbach (HU):** Ich werde bestimmt etwas für Frau Terzer übriglassen. Vielleicht der Reihenfolge des Auftretens der Fragen nach, ich habe es in der Kürze der Zeit nicht ganz sortieren können. Die Gründe für die Übertretung der Regelstudienzeit: Ja, es ist richtig, dass wir keine sehr großen, aber immerhin doch merkliche Überschreitungen der Regelstudienzeit haben. Frau Terzer hatte auf die Arbeit hingewiesen. Wenn 75 Prozent der Studierenden 10 Stunden in der Woche arbeiten, dann sind wir, mal über den Daumen gepeilt, mit zweieinhalb Semestern über der Regelstudienzeit eigentlich ganz gut dabei. Das stoßen also

zwei Logiken aufeinander, nämlich die Systemlogik: Wie konstruieren wir Studiengänge? – und: Was ist die Lebensrealität eines Großteils der Studierenden?

Wir haben in einem gewissen Umfang immer mit Überschneidungen zu tun, die sich aus der hohen Anzahl möglicher Fachkombinationen ergeben. Wie groß der Effekt ist – ich ahne die Frage bereits –, kann ich Ihnen an der Stelle leider nicht sagen. Das ist aber in verschiedenen Fachkombinationen durchaus ein Problem, wenngleich wir auch in den Schools darauf achten, dass bei der Konstruktion der Studien- und Prüfungsordnungen insbesondere Studienanteile so verteilt werden, dass zumindest die in einem Semester studierbar bleiben.

Die Idealtypik des Studienverlaufs ist ein anderes Phänomen. Wir bieten von der Planungsseite her Lehrveranstaltungen so an, als würden alle Studierenden gemäß der Studien- und Prüfungsordnung im Studium fortschreiten. In dem Moment, wo Studierende mal eine Veranstaltung nicht machen, aufschieben oder ein zweites Mal belegen müssen, kommt es dann zu Verschiebungseffekten, die sich kumulieren. Aus dem Grund haben wir zunehmend die Problematik, nicht genau zu wissen, wie viele Studierende eigentlich in den Veranstaltungen sitzen werden, die wir anbieten, und das wiederum führt in einigen Fällen dann dazu, dass Studierende keinen Platz bekommen. Das kumuliert sich wieder und führt zu einer Verzögerung der Studienabläufe.

Dann war die Frage nach der Konkurrenz durch andere Bundesländer durch die Einführung des G9. Da haben wir wenig Überblick, um ehrlich zu sein, weil die Studierende nach der zweiten Phase ihre Berufswahl treffen. An der Stelle, fürchte ich, fragen Sie den Falschen. Gleichwohl wissen wir aber, dass viele Studierende das Referendariat in Berlin anstreben – auch nicht alle, ich kann aber über die Wechselmotive eigentlich nur privat-empirisch berichten. Das ist in der Regel familiär begründet, und bis vor Kurzem war es deutlich die fehlende Verbeamtung in Berlin. Das ist inzwischen umgestellt worden und fällt somit als Grund weg. Man sollte sich aber vielleicht doch auch langfristig Gedanken machen, was beispielsweise für junge Menschen, die noch als Studierende hier in Berlin ein Zimmer bewohnen, die Wohnungssituation, der Wohnungsmarkt in Berlin bedeutet. Was ist die Perspektive für junge Familien? Komme ich da noch in Berlin unter? – beispielsweise. Dazu haben wir keine Daten, aber ich glaube, dass diese Frage auf uns zurollen wird und wir das vielleicht intensiv beobachten sollten.

Welche Verbesserungen kann das Land Berlin von der gesetzgeberischen Seite her für die Lehrkräftebildung erreichen? – Ich hatte vorhin die KapVO angesprochen. Ich glaube, dass der sogenannte curriculare Normwert insgesamt zu niedrig angesetzt ist. Die Lehrkräftebildung ist tatsächlich ein Bildungsgang. Man wird Lehrerin oder Lehrer, und solche Lernprozesse vollziehen sich gar nicht so anders als in der Schule, wo es auf die Möglichkeit ankommt, eine bedeutungsvolle Beziehung zu knüpfen, nicht nur zu Kommilitoninnen und Kommilitonen, sondern eben auch zu den Dozierenden. Das bedeutet, dass dieser Studiengang, dieser Bildungsgang ein sehr intensiver in der Betreuung ist, relativ wenig Information, aber viel persönliches Durcharbeiten. Ich hatte versucht, am Beispiel des Praxissemesters deutlich zu machen, worauf es da ankommt. Wenn an diesen Stellen insbesondere die Möglichkeit der intensiven Auseinandersetzung, der intensiven Nachbearbeitung, der Benennung von Baustellen, eine fast coachingähnliche Begleitung der Studierenden nicht gegeben ist, dann merken wir das sofort an der Qualität des Unterrichts. Wir merken aber auch anders her-

um, wenn das möglich ist, dass die Entwicklung des Unterrichts sich selbst innerhalb des Praxissemesters deutlich ins Positive bewegt.

Woran stockt die Mentoringqualifizierung? – Das kann man, glaube ich, ganz gut auf einen Nenner bringen, um nicht zu sehr ins Detail zu gehen: Bislang konnten wir noch kein für beide Seiten befriedigendes Ergebnis insbesondere bei der Frage der fachdidaktischen Betreuung erzielen. Da teilen die Universitäten eine andere Rechtsauffassung als die Senatsverwaltung in Bezug auf die Dienstaufgaben von Lehrenden, und an der Stelle erbringen wir mindestens eine Basisqualifikation. Wir teilen zwischen allgemeinen und fachdidaktischen Anteilen der Mentoringqualifizierung. An der HU leisten wir gegenwärtig auf einer etwas prekären Basis, aber immerhin kontinuierlich, den allgemeinen Teil der Mentoringqualifizierung.

Sind die Q-Master-Programme ausgeschöpft? – Das würde ich für die HU mit Ja beantworten, das sind sie. Wir haben zwei Q-Master-Programme im Grundschulbereich eingeführt, einmal mit der Kombination Deutsch und Mathe mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt im Sachunterricht und Deutsch und Mathe mit gesellschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt. Die sind beide vollständig ausgelastet.

Inwiefern die Unis in die zweite und dritte Phase zur Gründung des Landesinstituts, das ja hier die Klammer darstellen soll, eingebunden sind, war eine Frage. Die Universitäten sind über das Format der sogenannten Fachgespräche eingebunden, bei denen also Kolleginnen und Kollegen aus den Fachdidaktiken mit ihren Pendanten am StEPS in einen Austausch über die Curriculumentwicklung treten. Das ist ein relativ neues Format. Das haben wir erprobt, es ist in einigen Fächern durchgeführt worden, in anderen noch nicht.

Warum betrachten wir seitens der Universitäten PKB-Tätigkeiten, also Honorartätigkeiten in Programmen wie PKB oder „Unterrichten statt Kellnern“ als problematisch? – Die Frage enthielt, wenn ich mich richtig erinnere, die Begründung: Wir brauchen hochqualifizierte Menschen in der Schule. – Das wäre auch genau meine Antwort auf diese Frage: weil wir hochqualifizierte Menschen in der Schule brauchen. Erlauben Sie mir die rhetorische Gegenfrage: Welche Mindestqualifikation würden Sie von Ihrer Zahnärztin erwarten, bevor Sie sich da auf den Stuhl legen? Eine PKB-Zahnärztin? – Ich weiß nicht, ich würde da nicht hingehen.

Ist die Personalstruktur an den Schools ausreichend und nachhaltig? – Für die PSE müssen wir feststellen: Wir haben eine Menge Programme einstellen müssen, die wir hatten – das sind Partnerschulprogramme, das sind Auslandsschulen, die wir für Auslandspraktika akquiriert und betreut haben, das sind aber auch Schülergesellschaften, wo wir zum Thema Akquise von interessierten Schülerinnen und Schülern für das Lehramtsstudium sprechen –, weil diese Aufgaben nicht dauerhaft finanziert waren. Nach dem Auslaufen eines größeren Drittmittelprojektes mit Finanzierung durch den QPL mussten wir uns hier von eingearbeitetem Personal und damit aber auch von diesen Programmen trennen. Das tat uns sehr weh, das merken wir auch in der Arbeit mit den Schulen, dass das vermisst wird, es ist aber aus Mittelknappheit leider nicht zu ändern gewesen.

An der PSE fehlt uns – und das sehen wir sehr deutlich – noch ein guter Blick auf das Qualitätsmanagement für die Lehramtsstudiengänge und die Forschungsförderung. Wir würden uns sehr wünschen, ein spezifisches Qualitätsmanagement für die Lehrkräftebildung anbieten zu können. Ich weiß, dass die Kolleginnen in Dahlem dort einen Schritt weiter sind, darauf

schauen wir mit Neid und mit Hochachtung. An der PSE haben wir das leider noch nicht, genauso wie wir in Sachen Forschungsförderung, um unseren satzungsgemäßen Aufgaben nachkommen zu können, an dieser Stelle noch einen weißen Fleck haben, wodurch uns die Teilnahme an größeren Ausschreibungen über die Bundesministerien beispielsweise ermöglicht würde, aber auch – diesen Punkt sollten wir auch nicht vergessen – die Nachwuchsförderung, sowohl qualifizierter Nachwuchs, der sich in Richtung Schulentwicklung bewegt, aber auch fachdidaktische Nachwuchsentwicklung. Das brauchen wir ganz dringend. Wir stehen bereits jetzt an den Universitäten vor einem Nachwuchsproblem in den Fachdidaktiken. Wir konkurrieren auch mit der Schule, die von Anfang an Vollzeitstellen zu bieten hat, was wir im Nachwuchsbereich der Universitäten nicht haben. Hier attraktive Programme zu haben, wäre für die Schools ein Pullfaktor – oder ein Klebefaktor meinerseits.

Dann war die Frage: Ist das Praxissemester im Studium richtig angesiedelt? – Nein, es liegt zu spät. Es müsste deutlich früher liegen. Die Frage, die sich hieran anschließt, ist: Wo wäre das? – Gegen Ende des Bachelorstudiums. Und weil die Frage nach der Polyvalenz gestellt worden ist, würde ich sie gern erweitern um die Frage: Es gibt kaum einen Studiengang außerhalb der Medizin und der Rechtswissenschaften, der so eindeutig professionalisiert. Die Flexibilisierung im Bologna-Prozess und die Aufteilung in Bachelor- und Masterstudiengänge hat in Berlin auch die Lehrkräftebildung erfasst mit den bekannten Effekten, die wir jetzt haben.

Ich glaube, an der Stelle lohnt sich ein Blick auf die Frage der Möglichkeit eines grundständigen Masterstudiums für die Lehrkräftebildung, das gleichzeitig Zeitfenster, das Praxissemester vorzuziehen, und möglicherweise Mobilitätsfenster für internationale Erfahrungen eröffnen würde. Da könnte man noch einmal eine Diskussion führen.

Matheangst bekämpfen, hohe Durchfallzahlen an der HU – Entschuldigung, das klingt ein bisschen zweideutig –: Die sind mir nicht bekannt. Das heißt nicht, dass sie nicht existieren, aber ich kenne sie nicht. Ich kann allerdings für das Grundschullehramt sagen, dass wir das Fach Mathematik an der kultur-, sozial- und bildungswissenschaftlichen Fakultät angesiedelt und mit den fachdidaktischen Professuren in einer Fakultät haben und damit die gesamte Fachausbildung in der Hand eines Instituts liegt, das mit hoher Expertise für das Grundschullehramt ausgestattet ist. Dort sehen wir die hohen Zahlen an nicht bestandenen Prüfungen überhaupt nicht. – Zu den Propädeutika kann ich leider nichts sagen, folglich auch nichts zu den Wirkungen.

Zur letzten Frage, ob die Immatrikulation an den Schools den Studierenden im Bachelor helfen würde: Möglicherweise! Was ich sehr deutlich wahrnehme, ist, dass die Studierenden – das gilt an der HU, glaube ich, insbesondere für das ISG-Lehramt – eine Heimat innerhalb der Universität vermissen. Wir haben zwei Fächer, wir haben Bildungswissenschaften – das ist eine Aufspaltung auf verschiedene Bereiche, die im gelebten Alltag nicht zusammengeführt werden. Hier könnte ich mir grundsätzlich die Schools als Ort, an dem Lehrkräftebildung stattfindet, sehr gut vorstellen.

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen Dank! – Das Problem ist, dass Frau Senatorin Gote gleich zum nächsten Termin muss. Deswegen wollen wir sie kurz einschieben, und dann wären Sie, Frau Dr. Terzer, an der Reihe. Wir müssen voraussichtlich um zehn Minuten bis 12.45 Uhr verlängern, damit wir den CDU- und den FDP-Antrag noch schaffen. Der CDU-Antrag ist bereits das dritte Mal auf der Tagesordnung. Wir müssen den heute wirklich abstimmen. – Frau Senatorin Gote und dann Frau Dr. Terzer!

**Senatorin Ulrike Gote (SenWGPG):** Ich danke für das Verständnis! Ich muss tatsächlich zu einem weiteren Termin und muss leider gleich nach meiner Wortmeldung gehen. Ich bitte, das nicht als Missachtung zu verstehen. Ich fasse mich auch ganz kurz, aber eine globale Bemerkung möchte ich nach der ersten und dieser Anhörung schon machen. Ich glaube, was uns allen deutlich wird, ist, dass wir dringend die Erweiterung der BAföG-Berechtigten brauchen. Immer wieder kommt der Hinweis auf die Studierenden, die nebenher ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Das ist ein drängendes Problem für unser ganzes Land.

Dann wurde nach der Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – SenBJF – gefragt. Die ist sehr gut. Wir reden dort regelmäßig über neue Zielzahlen. Da sind wir sehr gut und kooperativ auf verschiedenen Ebenen unterwegs.

Mittel verstetigen: Ja, wir würden zunächst einmal mit eigenen Teilansätzen planen, um genau das, was Sie gefragt haben, steuern zu können, dass es auch da ankommt, wo wir es in der Lehrerbildung brauchen. Die Federführung für das nächste Jahr KMK-Vorsitz liegt bei der SenBJF. Die Kollegin will für das Jahr die Lehrkräftebildung auch zu dem Thema machen. Gegen einen Staatsvertrag spricht von unserer Seite nichts, aber auch da würde ich sagen,



wenn SenBJF das möchte – ich denke, das ist so –, dann ziehen wir mit. Zu den S-Professuren würde Frau Landgraf kurz etwas sagen können. – Vielen Dank!

**Dr. Julia Landgraf (SenWGPG):** Herr Schulze! Vielleicht habe ich Sie falsch verstanden. Es geht nicht darum – das hat Herr Breidbach auch nicht gesagt –, dass die Denominationen, die im Sonderprogramm vorgesehen sind, nicht umgesetzt werden. Es ist einzig so, dass wir bei der HU im speziellen Fall bei der Verortung nicht ganz einig waren, ob die an der School of Education oder in den einzelnen Fachdisziplinen sein soll. An der FU und auch an der TU ist das Konzept schon lange abgestimmt. Unsere Verwaltung hat die Verortung an den Schools nicht mit dem § 83 BerlHG vereinbar gesehen. Außerdem liegt das Problem vor, dass an den Schools keine Lehreinheit angesiedelt ist, weshalb auch die kapazitive Verrechnung etwas schwieriger wäre. Deshalb sind wir mit der HU weiterhin im engen Austausch, dass die Professuren mit den angedachten Denominationen und Themenfeldern an anderer sinnvoller Stelle der Lehrkräftebildung zugutekommen.

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Jetzt wären Sie an der Reihe, Frau Dr. Terzer.

**Dr. Eva Terzer (FU Berlin):** Ich versuche, mich im Sinne der nachfolgenden Tagesordnungspunkte kurzzufassen. Ich würde mal mit dem großen Punkt MINT anfangen, weil das ganz viele der Themen, über die wir gesprochen haben, betrifft.

Q-Master ausbauen: Ja, das ist sicherlich etwas. Darüber denken wir nach und schauen, was man sinnvoll ergänzen könnte. Ich bin mir nicht sicher, ob wir da so viel weniger das Problem der geringen Nachfrage haben werden, aber das ist durchaus etwas, was wir diskutieren. Was man wissen muss, ist, dass der Q-Master wahnsinnig aufwendig ist. Wir müssen uns tatsächlich die individuellen Studieneingangsvoraussetzungen anschauen, die Studierenden beraten, was ihnen noch fehlt, damit sie hinterher das komplette inhaltliche Profil mitbringen, was zum Beispiel von der KMK auch gefordert wird. Insofern sind das Studiengänge, die bei uns sehr betreuungsintensiv sind.

Was, glaube ich, insgesamt eine Schwierigkeit ist, ist im Grunde, dass viele Personen ein Selbstkonzept mitbringen, was einer Immatrikulation in einem MINT-Studiengang nicht zuträglich ist. Ich glaube, dass dieses: Ich kann aber kein Mathe! Ich kann keine Chemie oder Physik! –, dem ganz häufig entgegensteht. Dem müsste man sicherlich sehr viel früher begegnen. Wir versuchen, in kleinem Umfang zumindest für unser Grundschullehramt transparenter zu machen, was die Anforderungen eigentlich sind. Ich finde, die Jahrgangsstufe sieben bis acht ist durchaus etwas, was wir erwarten können.

Die Durchfallquoten sind interessant. Ich höre das auch immer wieder. Mir wurde auch schon gesagt, dass an der FU 80 Prozent durchfallen würden. Es ist eher umgekehrt. Es schwankt ein bisschen, aber es sind um die 75 Prozent, wenn ich die Zahlen richtig im Kopf habe, die die Klausur bestehen. Einen Einfluss hat vielleicht dieser Schutzschirm gehabt, weil damit mehr Studierende auf sozusagen gut Glück Klausuren geschrieben haben, ohne sich ernsthaft vorzubereiten. Wenn man dann einmal durchgefallen ist, ist die Angst vor der nächsten Klausur größer, als wenn man es von vornherein anders gemacht hätte. Mein Eindruck wäre von dem her, wie wir die Studierenden betreuen – zum Beispiel mit diesen Lernräumen, wo die jederzeit hingehen und sich beraten lassen können –, ist meines Erachtens keine Nachhilfe oder dergleichen notwendig. Wir haben Vorbereitungskurse an der FU; das weiß ich. Ich be-

komme aber nicht konkret zusammen, wie das aufgebaut ist. Das müsste ich im Zweifel noch nachliefern.

Die Frage nach dem Scout-Programm: Da müsste man sehr flächendeckend wirksam werden. Das ist etwas, wo ich noch keine richtige Idee hätte, wie man da gut ansetzen kann, weil wir wirklich sehr viele Schulen erreichen müssten.

Ich würde direkt zum Thema Sonderpädagogik schwenken, weil ich da problematisiert habe, dass bei uns im Grundschullehramt vor allem Sonderpädagogik gewählt wird. Mein Eindruck ist, dass das damit zu tun hat, dass Mathematik vermieden werden soll, dass Sonderpädagogik deswegen gewählt wird. Das ist der einzige Weg, um Mathematik heranzukommen. Deswegen interessieren sich unheimlich viele Studierende dafür. Ich finde Sonderpädagogik ganz wichtig für die Schule, und ich finde es toll, dass wir das Fach jetzt an der FU haben. Bei uns ist das allerdings als kleines Fach konzipiert. Das heißt, bei uns kann man auch gar nicht alle Förderschwerpunkte studieren. Wir bauen das gerade erst auf. Vor einem Jahr war überhaupt erst das erste Praxissemester, wo Studierende der Sonderpädagogik unterwegs waren. Da direkt noch viel mehr Kapazitäten aufzubauen, würde so schnell nicht gut funktionieren, weil – Stephan Breidbach hat gerade schon erwähnt – wir den Fachkräftemangel auch kennen. Ich betrachte schon ein bisschen mit Sorge, was passiert, wenn die Schulen verbeamtet, weil E 13 mit Erfahrungsstufe 1, mit der man in der Fachdidaktik in der Regel anfängt, extrem unattraktiv wird. Da müssen wir schauen, wie wir das Personal gewinnen.

Das wäre im Grunde auch schon mein Punkt, weil auch Räume und Personal angesprochen wurden. Die School ist sehr groß. Wir haben ungefähr 250 Mitglieder, da sind alle Fachdidaktiken, Erziehungswissenschaften usw. drin. Wenn die Frage auf die School an sich abzielte, würde ich sagen, dass da genau das gilt. Wir haben auch Probleme, Personen zu finden, die qualifiziert sind, die bei uns arbeiten können. In der Geschäftsstelle bei uns sehe ich das so, dass die Koordination der gesamten Kommunikation sehr aufwendig ist. Ich habe beschrieben, dass wir zum Beispiel bei den Querschnittsthemen und der Theorie-Praxis-Verzahnung sehr aktiv sind. Die Kommunikation im Grunde mit fast der gesamten FU braucht Zeit. Da sind wir immer an der Kante dessen, was wir noch schaffen. Ich bin mir manchmal nicht sicher, ob wir uns schon ein bisschen übernehmen, aber zumindest im Moment ist es so, dass ich sagen würde, dass wir da vorwärtskommen. Da wäre sicherlich mit mehr Personal noch mehr Luft, was wir da erreichen könnten. Beim Thema Forschung ist das ein bisschen ähnlich. Wir sind da auf dem Weg, aber das ist auch etwas, wo wir im Moment noch nicht so die Ressourcen dahinterstehen haben, dass wir das als Geschäftsstelle deutlich mit voranbringen könnten.

Was die Räume betrifft, hat die FU gerade einen Modulbau errichtet. Der ist vor wenigen Wochen eingeweiht worden. Der ist für die Lehrkräftebildung. Der richtige Neubau für die Lehrkräftebildung ist in Planung. Insofern hoffen wir, dass es da bald Entlastung gibt.

Was die Arbeitsbelastung der Studierenden angeht, ist das etwas, was wir bei uns im Qualitätsmanagement regelmäßig anschauen, wonach wir Studierende auch fragen. Mein Eindruck ist manchmal, dass die Studierenden, wenn sie tatsächlich Vollzeit studieren sollen, das als extrem hohe Arbeitsbelastung empfinden. Was ich vor dem Hintergrund verstehe, wie viel sie ansonsten noch an Verpflichtungen haben, aber das ist im Grunde eine Arbeitsbelastung, die

wir gar nicht reduzieren können. Wir tun das da, wo wir tatsächlich feststellen, dass die Anforderungen vielleicht zeitlich zu hoch sind. Das hatten wir eine Weile nicht mehr.

Zum Übergang Bachelor/Master und zu der Frage, inwiefern man aus anderen Bundesländern großzügiger anrechnen könnte. Wir müssen den Bachelor und Master insgesamt betrachten. Wann immer wir an einem der beiden Studiengänge schrauben, schauen wir uns das Komplettbild an. Das müssen wir auch tun, wenn Studierende aus anderen Bundesländern zu uns kommen, weil die dann möglicherweise Teile aus dem Master schon gemacht haben, die können später angerechnet werden, aber es fehlen andere Teile, die bei uns im Bachelor liegen. Wir müssen hinterher auch für die Studierenden insgesamt auf das Komplettpaket kommen. Das erschwert aus einigen Bundesländern den Übergang. Wir haben aber ein großartiges Studienbüro, was eingehend berät, das deutlich macht, wo angerechnet werden kann usw. Man spart später die Zeit, wenn man schon andere Dinge mitbringt.

Mein Eindruck wäre nicht, dass die Studierbarkeit besser würde, wenn die Studierenden direkt bei uns an der School immatrikuliert würden. Mein Eindruck ist tatsächlich, dass es ein Gesamtanliegen der FU ist, dass die Lehramtsstudierenden zügig und gut durch ihr Studium kommen. Ich glaube, der Druck, den die Fachbereiche sehen, im Zweifel Dinge noch einmal anzupassen, möglich zu machen usw. ist nicht kleiner, als wir den sehen würden. Wir sind sowieso auch da im Gespräch. Meine persönliche Auffassung wäre, dass das Lehramtsstudium grundsätzlich die Schwierigkeit hat, dass es fragmentiert ist. Man muss das immer irgendwo wieder zusammenbringen. Wenn man stärker in die Schools konzentrieren würde, müsste man dann die Brücke in die Fachbereiche und zu den Fachwissenschaften stärker schlagen, um die Lehramtsstudierenden quasi nicht komplett abzukoppeln. Ich halte es schon für wichtig, dass die wissenschaftlich qualifiziert werden.

Zum Thema Praxissemester im Studienverlauf. Das ist einer der wenigen Punkte, wo wir uns nicht ganz einig sind. Ich glaube, das wäre relativ komplex, das schon im Bachelor anzusiedeln. Ich weiß aber, dass das bei uns hausintern sehr kontrovers diskutiert wird. Da gibt es sehr viele Meinungen dazu. Es wären auf jeden Fall größere Umbauten. Es wurde auch danach gefragt, wie wir die Studierenden auf den Transfer vom Wissen zum Können vorbereiten: Das ist die Fülle an Formaten, die wir haben. Wir haben zum Beispiel die Fallbeispiele, mit denen Studierende arbeiten, was die Diagnose zur Lernvoraussetzung betrifft. Die basieren auf realen Fällen, die zum Beispiel mit Sonderpädagoginnen und -pädagogen gemeinsam ausgearbeitet wurden. Die simulieren Elterngespräche. Das sind alles Stellen, wo die Studierenden praktisch tätig werden. Wir haben nicht grundsätzlich etwas gegen die Einübung von Handlungsrouninen. Uns wäre es nur ein Anliegen, dass damit gleichzeitig auch innovativer Unterricht eingeübt wird und keine „Meisterlehre“ stattfindet, im Sinne von: Ich ziehe den Ordner aus dem Schrank und mache etwas, was schon vor 30 Jahren gemacht wurde. Ich glaube, da haben wir inzwischen Herausforderungen, die andere sind, als wir sie vor 30 Jahren hatten.

Was den Kontakt zur SenBJF zu Schulen im Praxissemester angeht – das ist auch gefragt worden –: Wir stehen schon in Kontakt. Die Schwierigkeit ist eher, dass wir grundsätzlich ein Kapazitätsproblem in den Schulen haben. Wir haben schon angefangen, zum Beispiel mit dem Tandemmodell im Praxissemester, darauf zu reagieren und zu versuchen, so gut es geht, das runterzukochen. Dennoch brauchen wir im Grunde alle Schulen in Berlin, um die Studierenden ins Praxissemester schicken zu können. Insofern ist die Auswahl, die wir da haben,

überschaubar. – Ich glaube und hoffe, dass ich damit im Großen und Ganzen die Fragen alle beantwortet habe. Vielen Dank!

**Vorsitzende Franziska Brychey:** Vielen herzlichen Dank für diese Meisterleistung! – Wir wären am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen im Namen des Ausschusses ganz herzlich für Ihre Zeit – Sie haben auch ein bisschen länger warten müssen –, für die Expertise, die Diskussion und die Beantwortung der vielen Fragen danken! Vielen Dank! – Die Frage ist, ob wir die Besprechung heute abschließen können oder ob gewartet werden soll, bis das Wortprotokoll vorliegt. – Ich sehe eher abschließen. Dann schließen wir die Besprechung ab.

#### Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 19/0376

[0045](#)

WissForsch

**Eine Wissenschaftsbrücke nach Berlin –  
Hochschulen bei der Aufnahme der aus der Ukraine  
geflüchteten Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler  
und Studierenden unterstützen**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 19/0475

[0049](#)

WissForsch

**Herzzentrum mit privatem Partner als Leuchtturm  
entwickeln – nicht abwickeln!**

Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 7 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.